

Berichte

Das Magazin des Difu



- 4** **Standpunkt**
Kommunale Haushaltslöcher und Chancen für einen Neuanfang
- 6** **Sonderthema**
OB-Barometer 2026: Finanzen, Wohnen, Wirtschaft bereiten die größten Sorgen
- 8** **Forschung & Publikationen**
KfW-Kommunalpanel 2026: Schulen und Straßen sind größte Investitionsbereiche
- 23** **Neue Projekte**
Was bringt KI für die Kommunen?
- 28** **Veranstaltungen**
Strategien zum Umgang mit Desinformation und Hetze

Editorial

Standpunkt

- 4 Kommunale Haushaltslöcher und die Chancen für einen Neuanfang

Forschung & Publikationen

- 6 OB-Barometer: Finanzen, Wohnen und Wirtschaft bereiten größte Sorgen
- 8 Kommunen leiden unter angespannter Haushaltslage
- 10 Smart City als Wirtschafts- und Standortfaktor für Kommunen
- 11 Wissenschaftsnetzwerk Smart City – Zusammenarbeit unter einem Dach
- 12 Klimaschutz statt Zettelwirtschaft: Förderung vereinfachen
- 13 Flächen sparen in der räumlichen Planung
- 15 Öffentliches Grün: Orientierungswerte im Praxistest

Neue Projekte

- 21 Natur wiederherstellen
- 21 Trockenheit und Wasserknappheit
- 22 Stellplatz-Satzungen neu
- 22 Radinfrastruktur & Rettungswesen
- 23 Was bringt KI für Kommunen?
- 23 Klimaschutz im Siedlungsbereich

Veranstaltungen

- 25 Veranstaltungsvorschau
- 26 Quartiersstraßen entsiegeln, begrünen und beleben
- 27 Faire Stadt – neue Perspektiven für eine geschlechtergerechte Planung
- 28 Strategien zum Umgang mit Desinformation und Hetze
- 29 Nachhaltige Mobilitätspläne erfolgreich voranbringen
- 30 Hochhausentwicklung: Welche Rahmen können Kommunen setzen?
- 31 Wenn Mobilitätsprojekte auf Widerstand stoßen

Nachrichten & Service

- 16 Was ist eigentlich ein Hitzeaktionsplan
- 17 Veröffentlichungsüberblick
- 19 Difu-Service für Zuwanderer
- 20 Difu-Informationsangebote/ Impressum
- 32 Difu-Intern
- 33 Difu aktiv
- 34 Neues im Inter-/Extranet des Difu
- 35 Difu-Presseresonanz

Editorial



Foto: ARL

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Kommunen stehen derzeit unter einem finanziellen Druck, wie er seit Jahrzehnten kaum zu beobachten war. Rekorddefizite, steigende Sozialausgaben und schwierige konjunkturelle Aussichten engen die Handlungsspielräume vieler kommunaler Gebietskörperschaften zunehmend ein. Gleichzeitig wachsen die Erwartungen an die Kommunen: günstigen Wohnraum schaffen, Infrastrukturen erneuern, Klimaschutz und -anpassung vorantreiben, die Digitalisierung gestalten, den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und Krisen bewältigen.

Diese Entwicklung ist mehr als eine haushaltspolitische Herausforderung. Sie berührt die Frage, wie handlungsfähig der Staat vor Ort derzeit und künftig sein kann. Denn für viele Bürger:innen sind Kommunen die Ebene, auf der staatliches Handeln unmittelbar erfahrbar wird – in Schulen, Straßen, Grünanlagen, bei Verwaltungsleistungen und sozialen Angeboten oder im Umweltschutz. Wenn hier Leistungen eingeschränkt, Investitionen verschoben oder notwendige Transformationen verzögert werden, hat dies Folgen weit über die kommunalen Haushalte hinaus.

Die Beiträge dieses Hefts greifen diese Situation aus unterschiedlichen Perspektiven auf: Das aktuelle OB-Barometer zeigt, dass die Finanzlage inzwischen als wichtigste Herausforderung in den Städten wahrgenommen wird. Das KfW-Kommunalpanel dokumentiert zugleich wachsende Investitionsrückstände sowie die schwierigen Rahmenbedingungen kommunaler Haushalte. Beide Studien machen deutlich: Die finanzielle Situation vieler Kommunen ist nicht allein das Ergebnis konjunktureller Schwankungen, sondern verweist auf strukturelle Fragen der Aufgabenverteilung, Finanzierung und staatlicher Leistungsfähigkeit in unserer föderalen Ordnung.

Gleichzeitig wäre es wenig hilfreich, in Krisenrhetorik zu verharren. Die aktuelle Lage eröffnet neue Möglichkeitsfenster, bestehende Förderinstrumente und Zuständigkeiten kritisch zu überprüfen und zu reformieren sowie Prozesse zu digitalisieren. Die Frage ist nicht allein, wie zusätzliche Mittel mobilisiert werden können, sondern auch, wie sie einfacher, wirksamer und nachhaltiger eingesetzt werden können. Das Difu wird diesen Prozess weiterhin durch Forschung, Beratung und den Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und kommunaler Praxis begleiten.

Prof. Dr. Jochen Monstadt
Wissenschaftlicher Direktor, Geschäftsführer

Kommunale Haushaltslöcher und die Chancen für einen Neuanfang

Die Kommunen stehen finanziell unter Druck: Ausgaben steigen, Einnahmen schwächeln, Investitionen bleiben liegen. Zugleich wächst der Druck, Aufgaben, Zuständigkeiten und Förderstrukturen zu ordnen. Ein Neuanfang ist nötig – nicht mit mehr Geld allein.

„Stell dir vor, die Finanzlage der Kommunen ist dramatisch und eine Lösung politisch nicht konsensfähig“. Diese Aussage mag eine stark vereinfachte Zuspitzung sein, beschreibt aber die gegenwärtige Situation einigermaßen zutreffend. Die Gründe für den desolaten Zustand der Kommunalhaushalte sind schnell erzählt: Das niedrige Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre hat die Steuereinnahmen empfindlich gedämpft. Gleichzeitig sind die Ausgaben, insbesondere im Sozialbereich und für das kommunale Personal, stark gestiegen. Ursachen dafür sind Aufgabenübertragungen und -ausweitungen sowie Tarif- und Preissteigerungen. Hinzu kommen neue Anforderungen, etwa mit Blick auf die Wärmewende, die Digitalisierung sowie Klimaschutz und Klimaanpassung. Die Konsequenz: Im Jahr 2025 klafften Einnahmen und Ausgaben das dritte Jahr in Folge massiv auseinander. Das Defizit in Höhe von 29,4 Mrd. Euro war so hoch wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Dieser Zustand ist besonders problematisch, weil sich daran in den kommenden Jahren wenig ändern dürfte. Einschlägige Prognosen etwa vom Bundesministerium der Finanzen gehen von einer Verfestigung der aktuellen Defizite aus.



Foto: ARL



Foto: Difu



Foto: Difu

Die unmittelbaren Folgewirkungen liegen auf der Hand: Die Kommunen müssen sparen. Dafür bleibt ihnen oft nichts anderes übrig als eine Reduzierung der freiwilligen Leistungen oder der Investitionen in den Unterhalt und die Erneuerung ihrer Infrastruktur. Letzteres ist vor allem problematisch, weil die kommunalen Investitionsrückstände laut Difu-Analysen bereits heute enorm hoch sind, wie im aktuellen KfW-Kommunalpanel 2026 zu sehen ist (siehe S. 8 f. in diesem Heft).

Etwas schwieriger verhält es sich mit der Beschreibung möglicher indirekter Folgewirkungen: Forschungsteams beschäftigen sich zunehmend unter dem Begriff „Geography of Discontent“ mit den Folgen einer anhaltend schwachen ökonomischen Entwicklung in einzelnen Regionen. Diese machen sich mittel- bis langfristig in einem sinkenden öffentlichen Dienstleistungsniveau sowie einem sich verschlechternden Zustand der Infrastrukturen vor Ort bemerkbar (siehe dazu auch die unter „Tipps zum Weiterlesen“ angegebene Literatur).

Mehrere Studien zeigen, dass Infrastrukturleistungen einen erheblichen Einfluss auf die Zufriedenheit der Wohnbevölkerung und damit auch auf deren Wahlverhalten haben. Ergebnisse jüngerer Studien deuten darauf hin, dass regionale Fördermaßnahmen auf Landes-, Bundes- oder EU-Ebene für Infrastrukturprojekte den Stimmenanteil rechtspopulistischer Parteien reduzieren könnten. Als möglicher Wirkungskanal werden dabei die direkten positiven Effekte öffentlicher Infrastrukturdienstleistungen – etwa in der Versorgung mit Mobilitäts- und Gesundheitsdienstleistungen oder in der Kinderbetreuung – auf Lebensqualität und wirtschaftliche Entwicklung in strukturschwachen Regionen genannt. Hervorgehoben wird zudem, dass der Wegfall gut bezahlter Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor sowie ein in manchen Kommunen wahrgenommener Rückzug staatlicher Präsenz das Vertrauen der lokalen Bevölkerung in staatliche Institutionen schwächen können.

Die Situation gewinnt dadurch an Schärfe, dass der gewaltige Handlungsdruck auf eine aktuell eingeschränkte fiskalische Handlungsfähigkeit des Staates trifft. Keine der föderalen Ebenen verfügt de facto mehr über substanzielle Verteilungsspielräume. Auch der Weg in eine stärkere Verschuldung ist bedingt gangbar, da er nur tragfähig beschränkt werden kann, wenn er mittel- und langfristig auf hinreichender wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und investiver Mittelverwendung zum Aufbau des öffentlichen Kapitalstocks fußt. Zudem wurde diese Option im Rahmen des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität bereits angestrebt, und für eine weitere Neuverschuldung gelten regulatorische Grenzen. Zusammengenommen erschwert das die Wiederholung eines in den vergangenen Jahrzehnten hinreichend eingeübten Reaktionsmusters: Die Lösung neuer Probleme mit immer mehr Geld.

Der Polykrise der Kommunen kann nur mit Reformen begegnet werden, die den Blick auf Strukturen richten und auf die sich Bund, Länder und Kommunen gemeinsam verständigen müssen, da sie in dieser wirtschaftlichen Stagnationsphase im selben Boot sitzen. Die akute Haushaltssituation macht es zwar erforderlich, die Kommunen kurzfristig auch finanziell zu entlasten. Diese können beispielsweise in Gestalt einer zeitlich befristeten



Prof. Dr.
Jochen Monstadt
+49 30 39001-214
monstadt@difu.de

Dr. Christian Raffer
+49 30 39001-198
raffer@difu.de

Dr. Niklas Schmelmer
+49 30 39001-171
schmelmer@difu.de



Foto: A. Savin, Wikipedia

zum Weiterlesen

Bertelsmann Stiftung:
Kommunaler Finanzreport
2025 – Knappe Kassen,
große Aufgaben.
➔ www.t1p.de/peebl

Kiel Institut für Weltwirt-
schaft: Paying off populism:
EU-Regionalpolitik verrin-
gert Unterstützung populis-
tischer Parteien (No. 172).
Kiel Policy Brief. (2024)
➔ www.t1p.de/vlb9

Bertelsmann Stiftung:
Regionalpolitik als Stabi-
litätsanker im Struktur-
wandel? Evidenz zu den
politischen Effekten der Re-
gionalförderung in Deutsch-
land. (2026)
➔ www.t1p.de/irp0j

KfW Bankengruppe:
KfW-Kommunalpanel 2026.
Befragung des Deutschen
Instituts für Urbanistik im
Auftrag der Kreditanstalt für
Wiederaufbau (KfW).
➔ www.difu.de/19701

Difu:
OB-Barometer 2026
➔ www.difu.de/19697

Publikationen zu Kommu-
nalfinanzien
➔ www.t1p.de/pu72g

Anhebung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer oder einer Entlastung bei einzelnen sozialen Regelleistungen bestehen. Langfristig ist aber vor allem eine Strukturreform notwendig, bei der sowohl das Portfolio der kommunalen Aufgaben einer kritischen Prüfung unterzogen wird als auch die institutionellen Zuständigkeiten und Finanzierungswege der verschiedenen Sozialleistungssysteme auf den Prüfstand gestellt werden. Angesichts des zersplitterten Sozialleistungssystems – das ifo-Institut nennt über 500 auf unterschiedliche Träger verteilte Sozialleistungen – liegen Effizienzsteigerungsmöglichkeiten gerade in der Administration durch eine Zusammenführung, Digitalisierung und Pauschalierung dieser Leistungen nahe. In der Bündelung von Zuständigkeiten und der Vermeidung aufwändiger Mehrfacherfassungen der Leistungsempfänger in den Einzelsystemen liegt auch die Chance, dass die Kommunen knapper werdende Personalressourcen mittelfristig für andere, dringendere Aufgaben einsetzen können.

Es wird auch darum gehen müssen, das inzwischen unüberschaubar gewordene Förderprogrammwesen von Bund und Ländern durch Zusammenführung und Bündelung zu vereinfachen. Denn auch die Mittelvergabe aus dem kommunalen Anteil am Sondervermögen der Länder erfolgt teilweise über bestehende, teilweise über neue Förderprogramme. Erste positive Beispiele für

eine Vereinfachung des Förderwesens im Sinne einer effizienten, wirkungsorientierten und bürokratiearmen Mittelbereitstellung – insbesondere auf Landesebene – gibt es bereits. Und auch die föderale Modernisierungsagenda von Bund und Ländern sieht mit Blick auf die zukünftige Ausgestaltung unter anderem eine Vereinfachung des Zuwendungsrechts, einheitliche Förderrichtlinien und pauschalierte Zuweisungen an Kommunen vor.

Darüber hinaus gilt es, Maßnahmen zu entwickeln, mit denen der Einsatz der begrenzten Investitionsmittel maximale Wirkung im Sinne einer ökonomischen, ökologisch nachhaltigen sowie sozial-integrativen Stadtentwicklung entfaltet. Durch einen zielgerichteten und langfristig kontinuierlichen Einsatz muss es den Kommunen in den kommenden Jahren gelingen, ihre Investitionsrückstände so weit wie möglich abzubauen.

Es sollte zudem die Frage gestellt werden, ob die Rolle der Kommunen im föderalen System gegenwärtig ihrer tatsächlichen Bedeutung gerecht wird und inwieweit dem Subsidiaritätsprinzip nicht deutlich mehr Rechnung getragen werden sollte. Wenn Kommunen die Ebene im Bundesstaat darstellen, auf der staatliche Leistungen und Entscheidungen für die Bürger:innen unmittelbar sichtbar und erfahrbar werden, sollten diese auch (finanziell) handlungsfähig sein.

OB-Barometer: Finanzen, Wohnen und Wirtschaft bereiten größte Sorgen

Wichtigkeit von Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik gestiegen, Unterbringung von Geflüchteten und Klimaschutz weniger wichtig. Die Einschätzungen der Stadtspitzen unterscheiden sich kaum zwischen Bundesländern oder Städten unterschiedlicher Größe.

Auch 2026 sind „Kommunalfinanzen“ laut der jährlichen Difu-Befragung der (Ober)Bürgermeister:innen (OBs) das wichtigste aktuelle Handlungsfeld in der eigenen Stadt – sogar noch wichtiger als bereits 2025. Dies bestätigt einmal mehr die desolante kommunale Finanzsituation, auch ablesbar am Finanzierungsdefizit der Kommunen in Deutschland, das 2025 ein Rekordniveau von 31,9 Milliarden Euro erreichte.

Die Schaffung bezahlbaren Wohnraums bleibt laut OB-Barometer 2026 des Difu – wie im Vorjahr – zweitwichtigstes Thema der OBs (36 %). Deutlich wichtiger geworden, auch im Vergleich zum Vorjahr, ist die wirtschaftliche Situation vor Ort; mehr als ein Drittel der OBs nennt „Stärkung der Wirtschaft, Wirtschaftsförderung, Strukturwandel, Konjunktur“. Die fortdauernde schwierige konjunkturelle Lage, eine vielerorts schrumpfende Industrie, Betriebsverlagerungen und spürbarer Abbau von Arbeitsplätzen verstärken auch auf der kommunalen Ebene den Handlungsdruck. Das Thema Wirtschaft hat „die Plätze getauscht“ mit „Klimaschutz, Energiepolitik, Nachhaltigkeit, Wärmewende“ – Handlungsfelder, die nur noch 20 % der OBs zu den aktuell wichtigsten zählen, gegenüber noch 30 % im Jahr 2025. Und auch dies war bereits ein deutlicher Rückgang gegenüber den Vorjahren und Höchstständen, die vor einigen Jahren noch bei über 60 % der Nennungen lagen.

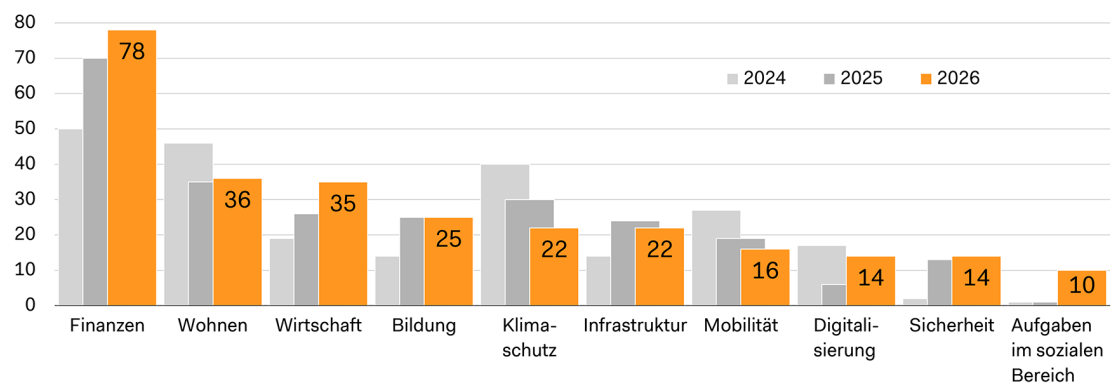
Themen wie „Smart City, Digitalisierung, Breitbandausbau“ haben im Vergleich zu 2025 an Bedeutung gewonnen (von 6 % auf 14 % der Nennungen), wobei die Stadtspitzen die Rolle von KI und die Konsequenzen ihres zunehmenden Einsatzes nicht explizit nannten.

Erstmals wurde „Aufgaben im Sozialbereich“ (10 %) von einer größeren Zahl an OBs unter den wichtigsten Themen für die eigene Stadt genannt, vor allem in Zusammenhang mit den weiter steigenden Kosten in diesem Bereich. Nicht nur in der Kinder- und Jugendhilfe und der Eingliederungshilfe sind die Ausgaben in den vergangenen Jahren enorm gestiegen, auch in der Pflege. Dazu passt, dass die demografische Entwicklung erstmals – vor allem von ostdeutschen Städten – als eines der aktuell (und künftig) wichtigsten Handlungsfelder genannt wird. Mehr als ein Viertel der ostdeutschen OBs erwartet in den nächsten fünf Jahren im Bereich der gesundheitlichen Versorgung und Pflege einen deutlich größeren Handlungsdruck als ihre Amtskolleg:innen in den übrigen Bundesländern.

Die Einschätzungen der Stadtspitzen zur aktuellen Lage in der eigenen Stadt decken sich ganz überwiegend mit den Einschätzungen zur Zukunft. So bleibt das Thema „Finanzlage, Haushaltskonsolidierung“ auch in den Erwartungen für die

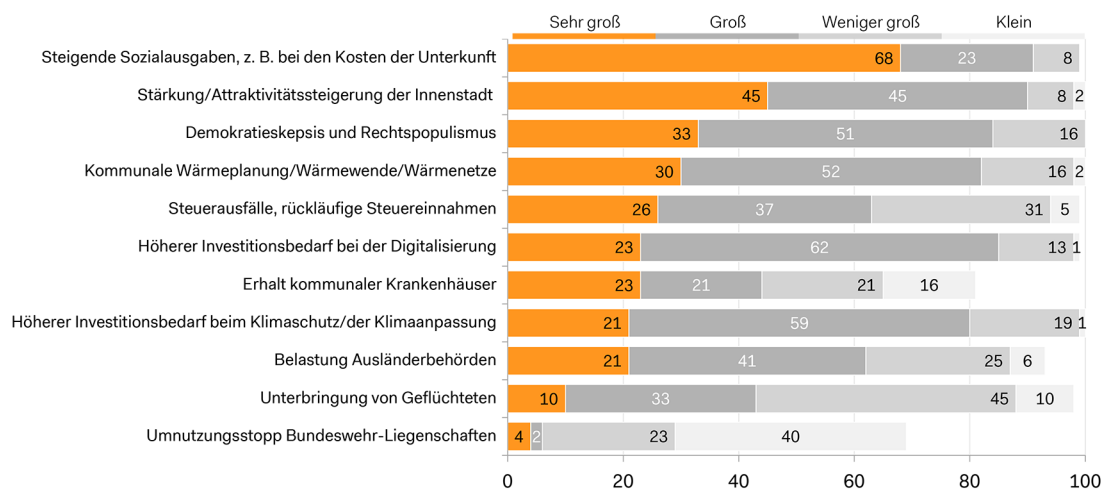
Was sind aktuell die wichtigsten Aufgaben in der eigenen Stadt?

Der mit Abstand größte Handlungsbedarf in der eigenen Stadt liegt bei den Finanzen. Es folgen die Themen Wohnen, Wirtschaft und Bildung.



Antworten der (Ober-)Bürgermeister:innen, Angaben in Prozent, Frage ohne Antwortvorgabe, Mehrfachnennungen möglich
Quelle: Difu-OB-Barometer 2026

Wie groß sind die krisenbedingten Herausforderungen für die eigene Stadt?



Antworten der (Ober-)Bürgermeister:innen, Angaben in Prozent, fehlende Werte zu 100 %: Weiß nicht/keine Angabe

Quelle: Difu-OB-Barometer 2026

nächsten fünf Jahre auf Platz 1 (64 %). Es folgt „Wohnungsbau“, ein Drittel der OBs gibt dem Thema hohe Priorität. Und auch die Stärkung der Wirtschaft bleibt für die nächsten fünf Jahre ganz oben (32% der Nennungen, 2025: 25%). „Klimaanpassung, Nachhaltigkeit, Klimawandel“ verlieren weiter an Bedeutung, eine Entwicklung, die bereits 2025 deutlich wurde. 2026 wird die Stärkung der Innenstadt wieder häufiger genannt, sowohl aktuell als auch als wichtiges Zukunftsthema. Die Transformation der Innenstädte zu lebenswerten und zukunftsfähigen Orten bleibt vor dem Hintergrund der (unklaren) Zukunft von Warenhäusern, Leerstand von Ladenlokalen und vielerorts weniger Menschen in der Innenstadt auf der Tagesordnung. Erstmals benennen 2026 die OBs die Themen „Katastrophenschutz, Bevölkerungsschutz, Krisenmanagement“ (13 %), sie reagieren so auf die aktuelle geopolitische Lage und ihre Implikationen für die kommunale Ebene.

Bei der Frage nach den „krisenbedingten Herausforderungen“ zeigt sich die wichtige Rolle der steigenden Sozialausgaben: Laut OB-Barometer ordnen 91 % der Stadtspitzen das Thema als eine der sehr großen bzw. großen Herausforderungen für die Kommunalpolitik ein. Steuerausfälle und rückläufige Steuereinnahmen sind für fast zwei Drittel der OBs eine Herausforderung, die sich im Kommunalhaushalt niederschlägt. Der Investitionsbedarf bei Maßnahmen und Projekten der Digitalisierung wird weiterhin als relevante Herausforderung bewertet (85 % sehr groß oder groß). Demokrateskepsis und Rechtspopulismus bleiben eine erhebliche Herausforderung, 84% der OBs bestätigen dies. Die Umsetzung der Wärmewende stellt die Kommunen weiterhin vor große Herausforderungen (82 %). Auch bei Klimaschutz und Klimaanpassung bleibt der Investitionsbedarf

eine wichtige Herausforderung (80 % sehr groß und groß, allerdings nur noch 21 % sehr groß).

Die Unterbringung von Geflüchteten hat im Vergleich zu den Vorjahren erheblich an Bedeutung verloren. Nur noch 43 % der Kommunen sehen darin eine sehr große (10 %) oder große (33 %) Herausforderung. Dies korrespondiert mit der weiterhin rückläufigen Zahl an Asylanträgen, was die Kommunen zunächst entlastet, allerdings bleiben die Anforderungen an Wohnraum, Infrastruktur im Kita- und Schulbereich und Integration bestehen. Überraschend wird das Thema des Umnutzungsstopps von Bundeswehrliegenschaften, das in der Presse viel Beachtung findet, nur von wenigen Befragten als Herausforderung für ihre Stadt genannt.

Auch 2026 ist die Finanzpolitik der Bereich, in dem die Stadtspitzen am dringendsten Unterstützung durch die Länder, den Bund oder die EU einfordern (85 %). Es folgt die „Wirtschaftspolitik“, die alle anderen Handlungsfelder, auch die „Wohnungspolitik“, überholt hat. Die OBs wünschen mehr Unterstützung im Bereich der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik (2026: 24 %, 2025: 16 %). An Bedeutung gewonnen haben die Sozial-, Jugend- und Familienpolitik, korrespondierend mit hohem Ausgaben- und Spardruck im Sozialbereich. Auch der Bedeutungsgewinn des demografischen Wandels spiegelt sich hier wider.

Finanzlage, Haushaltskonsolidierung, Inflation sind Themen, die im OB-Barometer 2026 des Difu nochmals wichtiger geworden sind, aktuell und mit Blick auf die Zukunft. Vor allem für ostdeutsche Städte wird der demografische Wandel zunehmend wichtig.

Hintergrund

Das OB-Barometer des Difu ist eine jährlich durchgeführte Befragung der (Ober-)Bürgermeister:innen (OBs) der deutschen Städte ab 50.000 Einwohner:innen. Sie wird vom DST und DStGB unterstützt und hat zum Ziel, frühzeitig Veränderungen in kommunalen Handlungsfeldern sichtbar zu machen. Die Ergebnisse 2026 basieren auf einer repräsentativen telefonischen Befragung (14. Januar bis 2. April 2026), die infratest dimap im Auftrag des Difu durchführte. 121 der 195 eingeladenen (Ober-)Bürgermeister:innen (darunter zwölf stellvertretende Personen) beteiligten sich. Dies entspricht einer Teilnahmequote von 62,1 %.

Kommunen leiden unter angespannter Haushaltslage

Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels 2026 spiegeln die aktuell angespannte Haushaltssituation wider. Bei den Investitionen bringt das Sondervermögen eine leichte Entlastung.

Als größte Befragung der Kämmereien in Deutschlands Kommunen beleuchtet das KfW-Kommunalpanel seit 2009 jährlich zentrale Themen: die finanzielle Lage, den Zustand der Infrastruktur sowie die Rahmenbedingungen der Investitionsfinanzierung der Kommunen mit mehr als 2.000 Einwohnern. Für die mittlerweile 17. Runde hat das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) im ersten Quartal 2026 insgesamt rund 2.900 Gemeinden, Städte und Kreise befragt; 1.074 davon haben sich beteiligt.

Im Jahr 2025 hatten die Kommunen zum zweiten Mal in Folge ein Rekorddefizit zu verzeichnen. Insgesamt klaffte gemäß amtlicher Statistik eine Lücke von 29,4 Mrd. EUR zwischen den Einnahmen und Ausgaben der Kernhaushalte. Im Vorjahr war das Defizit mit 24,3 Mrd. EUR zwar noch etwas geringer, in seiner absoluten Höhe aber ebenfalls massiv. Eine vergleichbare Situation haben die Kommunen seit der Wiedervereinigung Anfang der 1990er-Jahren nicht mehr erlebt. Die Ursachen für die aktuelle Situation liegen in der stagnierenden wirtschaftlichen Entwicklung, die das Wachstum der kommunalen Steuereinnahmen dämpft und zugleich die Sozialausgaben nach oben treibt. Gemäß Prognosen der kommunalen Spitzenverbände ebenso wie des Bundesministeriums der Finanzen dürfte sich an dieser Lage auch in den kommenden Jahren wenig ändern.

In den Kämmereien sorgen die aktuelle Lage und auch die Aussicht auf die nähere Zukunft für eine insgesamt sehr negative Bewertung der kommunalen Finanzsituation. Mit Blick auf das zurückliegende Haushaltsjahr 2025 sprechen 44 % der Kommunen von einer mangelhaften Finanzsituation, ein weiteres Viertel nennt diese gerade noch ausreichend – nur noch rund eine von zehn Kommunen gibt an, dass es 2025 vor Ort finanziell gut aussah. Beim Blick auf das zum Befragungszeitpunkt noch bevorstehende Haushaltsjahr 2026 erwarteten 80 % der Kommunen eine nachteilige Entwicklung, mittelfristig bis 2030 rechnen sogar neun von zehn Kommunen mit einer solchen.

In einer derart angespannten Situation verfolgen viele Kommunen derzeit einen harten Sparkurs. Stellschrauben hierfür sind die freiwilligen Leistungen und vor allem auch die Investitionen.

Dies zeigt sich auch in den Daten. Die tatsächlich verausgabten Investitionen der Kommunen mit mehr als 2.000 Einwohnern lagen gemäß Hochrechnung im KfW-Kommunalpanel im Jahr 2025 bei 29,3 Mrd. EUR, während sie im Vorjahr noch bei rund 30 Mrd. EUR gelegen hatten. Bezogen auf alle Kommunen wies auch die Kassenstatistik im Vergleich dazu nur noch ein geringes Wachstum der Sachinvestitionen in Höhe von nominal 3 % von 2024 auf 2025 aus. Rechnet man die Preissteigerung heraus, so ist von einem realen Rückgang der Investitionen auszugehen. Bei gleichzeitigem Werteverzehr der bestehenden Infrastruktur bedeutet dies, dass Straßen, Schulgebäude und Kanäle im Jahr 2025 im Schnitt weiter verschlissen sind.

Dies spiegelt sich auch in der Entwicklung des wahrgenommenen Investitionsrückstands wider, der gemäß Hochrechnung im KfW-Kommunalpanel nunmehr 231,2 Mrd. EUR beträgt (siehe Abbildung). Das sind 15,5 Mrd. EUR oder 7,2 % mehr als 2025. Die wesentlichen Rückstände bestehen weiterhin in der Schulinfrastruktur sowie bei den Straßen und der Verkehrsinfrastruktur mit 69 bzw. 54 Mrd. EUR. Diese Bereiche haben sich in ihrem Gesamtrückstand im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert. Anders sieht es in den Bereichen Verwaltungsgebäude, Sportstätten und auch Brand- und Katastrophenschutz aus. Hier weisen die Kommunen wahrgenommene Investitionsrückstände in Höhe von jeweils 22 bis 23 Mrd. EUR aus und jeder Bereich für sich verzeichnete damit im Vergleich zum Vorjahr einen starken Zuwachs.

Im März 2025 wurde das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität verabschiedet. Es umfasst 500 Mrd. EUR an Investitionsmitteln, wovon rund 60 Mrd. EUR über die Länder an die Kommunen gehen. Erklärtes Ziel ist es, die Defizite im Bereich der öffentlichen Infrastruktur vor Ort abzubauen. Die Mittel fließen ab dem Jahr 2026. Um einen ersten Eindruck davon zu erhalten, wie die Kommunen damit umgehen, wurden sie im Rahmen des KfW-Kommunalpanels danach gefragt. Im Ergebnis zeigt sich, dass die Bereiche, in die die Mittel im Jahr 2026 fließen werden, überwiegend der Verteilung des wahrgenommenen Investitionsrückstands entsprechen. Ein knappes Viertel wird in Schulgebäude

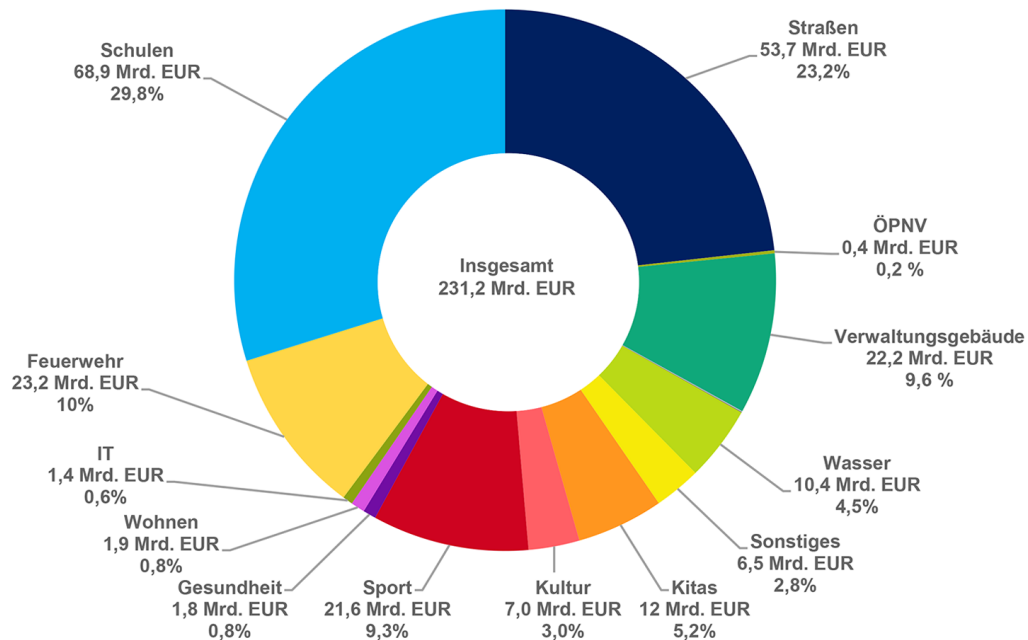


www.difu.de/19695



Dr. Christian Raffer
+49 30 39001-198
raffer@difu.de

KfW-Kommunalpanel 2026 Wahrgenommener Investitionsrückstand



Quelle: KfW-Kommunalpanel 2026, Befragung durch das Difu



investiert, 22 % in Straßen und 18 % in den Brand- und Katastrophenschutz. Gleichzeitig geht die Mehrheit der Kommunen nicht davon aus, dass das Sondervermögen in diesem Jahr für mehr Investitionen sorgen wird, als dies ohne die zusätzlichen Mittel der Fall gewesen wäre. 22 % der Kommunen gehen für 2026 von Mehrinvestitionen durch das Sondervermögen aus, für 2027 sind es sogar 38 %. Damit scheint das Sondervermögen die kommunalen Investitionen zu stützen und in manchen Fällen sogar auszuweiten.

Bei der Frage, wie die Kommunen ihre Investitionen finanzieren, zeigt sich eine leichte Verschiebung weg von Eigenmitteln hin zu Kommunalkredit. So stieg der Anteil von Kommunalkredit an der gesamten Investitionsfinanzierung im Jahr 2025 um 4 Prozentpunkte auf 27 %. Gemäß den Erwartungen in den Kämmereien dürfte sich diese Bewegung im laufenden Haushaltsjahr noch verstärken. Auch hier blicken die Kämmereien aber zunehmend skeptisch nach vorn. So rechnet mittlerweile mehr als eine von drei Kommunen (38 %) damit, dass sich die Bedingungen der Kreditaufnahme im Verlauf des Jahres 2026 verschlechtern werden. Wesentlicher Grund dafür ist ein erwarteter Anstieg des Zinsniveaus.

Ein weiterer Schwerpunkt der Befragung lag bei kommunalen Beteiligungen und Auslagerungen in den Bereichen Energie, Wasser, Abfall, ÖPNV, Gesundheit, Wohnen, Kultur und Sport. Von den antwortenden Kommunen hatten 9 von 10 Kommunen mindestens in einem der genannten Bereiche eine Beteiligung. In der Energie- und Wasserversorgung gaben jeweils etwa zwei Drittel eine Beteiligung an. Rund 5 % der antwortenden Kommunen war sogar in allen untersuchten Bereichen an einem Unternehmen beteiligt. Vor allem Beteiligungen im Energiebereich konnten in den letzten fünf Jahren Überschüsse erwirtschaften, von denen in vielen Kommunen auch der Kernhaushalt durch Gewinnabführungen profitiert hat. Gleichzeitig hat aber auch rund ein Drittel der Gemeinden, Städte und Kreise mit Beteiligungen im Ver- und Entsorgungsbereich in den letzten fünf Jahren die dort erwirtschafteten Gewinne im Unternehmen belassen, um dort die Investitionsfähigkeit zu stärken.

Smart City als Wirtschafts- und Standortfaktor für Kommunen

Smart-City-Projekte sollen Städte effizienter, nachhaltiger und lebenswerter machen. Eine Studie von Difu und Fraunhofer IESE zeigt, dass sie auch die Standortattraktivität, Innovationskraft und wirtschaftliche Entwicklung von Kommunen stärken können.

Digitale Technologien sollen Städte effizienter, nachhaltiger und lebenswerter machen. Während direkte Effekte von Smart-City-Projekten – etwa effizientere Verwaltungsprozesse oder verbesserte Dienstleistungen – meist gut sichtbar sind, werden wirtschaftliche Folgewirkungen kaum betrachtet.

Vor diesem Hintergrund hat das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) in Kooperation mit dem Fraunhofer IESE im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) in einer Studie „indirekte regionalwirtschaftliche Effekte der Smart City“ untersucht. Darin wird gezeigt, wie digitale Projekte die wirtschaftliche Entwicklung von Städten und Regionen stärken. In der Analyse standen nicht klassische Kosten-Nutzen-Rechnungen im Fokus, sondern Wirkungen wie Standortattraktivität, Innovationsförderung oder neue Formen der Zusammenarbeit.

Anhand einer Literaturanalyse und leitfadengestützter Interviews wurden fünf Fallstudien aus dem Programm „Modellprojekte Smart Cities“ vertieft untersucht und herausgearbeitet, wie die indirekten Wirkungen der Projekte von kommunalen Akteuren wahrgenommen und gegenüber Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Öffentlichkeit kommuniziert werden. Solche Wirkungen lassen sich oft nur schwer quantifizieren und sichtbar machen, sind jedoch von großer Bedeutung, um Smart-City-Maßnahmen politisch zu begründen und ihre langfristige Umsetzung zu sichern. Die Fallbeispiele spiegeln die Vielfalt kommunaler Smart-City-Aktivitäten – von Innovations- und

Gründerzentren über Datenplattformen und Beteiligungslösungen bis hin zu MINT-Initiativen und smarterer Infrastruktur. Die Studie zeigt, welche der erwarteten Wirkungen in der kommunalen Praxis eine Rolle spielen und mit welchen Argumentationsmustern diese Effekte vermittelt werden. Die Studie arbeitet die zentralen Narrative heraus, mit denen Smart-City-Projekte über ihren unmittelbaren technischen Nutzen hinaus begründet und legitimiert werden.

Auf dieser Grundlage wurden in der Studie nachvollziehbare Wirkungszusammenhänge und überzeugende Argumentationslinien herausgearbeitet. Für Kommunen bietet die Publikation praxisnahe Hilfestellungen, um wirtschaftliche Effekte digitaler Projekte sichtbar zu machen und ihre Bedeutung für die langfristige Stadt- und Regionalentwicklung zu verdeutlichen. Dazu gehören Formulierungsbausteine, Reflexionsfragen und Hinweise für eine systematischere Wirkungserfassung.

Die Ergebnisse sind insbesondere für Kommunen relevant, die Smart-City-Maßnahmen verstetigen oder neue Projekte initiieren möchten. Die Studie macht deutlich, dass Digitalisierung nicht nur ein technisches Modernisierungsthema ist, sondern auch ein Instrument der Wirtschafts- und Standortentwicklung sein kann. Indem sie die oftmals schwer greifbaren wirtschaftlichen Folgewirkungen systematisch aufarbeitet, liefert sie Kommunen eine Argumentationshilfe für politische Entscheidungen, Förderanträge und strategische Entwicklungsprozesse.



 www.difu.de/19653

 Sandra Wagner-Endres
+49 30 39001-154
wagner-endres@difu.de

Wissenschaftsnetzwerk Smart City – Zusammenarbeit unter einem Dach

Vernetzen, Forschen, Transferieren und Gestalten. Diese Agenda haben sich Akteure des 2025 gegründeten „Wissenschaftsnetzwerk Smart City“ gegeben, um die Zusammenarbeit für die digitale Stadtentwicklung zu fördern.



Foto: HyperlapsePro, stock.adobe.com

Seit 2019 entwickeln und erproben 73 Kommunen mit Unterstützung des Förderprogramms „Modellprojekte Smart City“ raumbezogene Smart-City-Konzepte. In den letzten Jahren wurde so auch die Zusammenarbeit zwischen Forschungseinrichtungen und Kommunen gestärkt. Universitäten, Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen wie das Difu haben als Projektpartner Wissen, innovative Ideen und Lösungen in kommunale Strategien und Projekte eingebracht. Die Kommunen profitierten von der interdisziplinären Expertise ebenso wie die Forschung von der direkten Erprobung und Weiterentwicklung ihrer Ansätze in der kommunalen Praxis.

Die erfolgreiche Vernetzung zwischen Forschungseinrichtungen und Kommunen soll über das Förderprogramm hinaus unter einem neuen Dach, dem Wissenschaftsnetzwerk Smart City, weitergetragen und ausgebaut werden. Den Anstoß hierzu gab ein Treffen von rund 70 Forschenden im Juni 2025 an der HafenCity Universität Hamburg. Dort wurden Erfahrungen ausgetauscht und erste Meilensteine für den Aufbau eines solchen Netzwerk festgelegt.

Ein erster Meilenstein ist die interaktive Wissenschaftslandkarte. Sie macht sichtbar, welche Institutionen in Deutschland zu smarten Städten und Gemeinden forschen. Nutzer:innen können gezielt nach Forschungsgebieten und Einrichtungen filtern und so Partner aus der Wissenschaft finden.

Die Wissenschaftslandkarte Smart City ist frei verfügbar. Ein zweiter Meilenstein ist ein schriftliches Memorandum, das die zentralen Ideen für das Wissenschaftsnetzwerk und seine möglichen Aktivitäten bündelt. Darin werden die Aufgaben und die Zielrichtung des Wissenschaftsnetzwerks konkretisiert und zur Information und Mitgestaltung für Interessierte bereitgestellt. Das Memorandum wurde erstmals im Rahmen der IPSC-Konferenz zu interdisziplinären Perspektiven auf die Smart City am 21. und 22. Mai 2026 einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt. Es ist im Difu-Repository frei abrufbar.

Ein dritter Meilenstein ist die Organisation einer Summer School Smart City an der TU Dresden vom 23. bis 25. September 2026. Mit dem Fokus auf Transfer, Resilienz, Impact und Governance sollen transdisziplinäre Kompetenz und transdisziplinäre Forschungsprojekte gefördert werden. Das Programm wird aktuell von der TU Dresden, Bereich Bau und Umwelt zusammengestellt.

Das Wissenschaftsnetzwerk ist ein offenes Forum. Eine Website befindet sich derzeit im Aufbau. Interessierte können per Mail Kontakt aufnehmen – Wissenschaftsnetzwerk-Smart-City@difu.de – und ihr Interesse bzw. eine mögliche Mitwirkung anmelden und eigene Formate mitteilen.



www.t1p.de/dgbv2
www.t1p.de/1oyuv
www.smart-city-science.net



Dr. Jens Libbe
+49 30 39001-115
libbe@difu.de

Dr. Karoline Krenn
+49 30 39001-144
krenn@difu.de

Klimaschutz statt Zettelwirtschaft: Förderung vereinfachen

Eine neue Difu-Studie zeigt, warum viele Kommunen bei Klimaschutzprojekten oft schon an der Vielzahl der Förderprogramme verzweifeln – und wie pauschale Budgets, Positivlisten und weniger Bürokratie die Förderung deutlich einfacher machen können.

Mit dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität soll eine weitreichende Modernisierung des Landes erreicht werden. Allerdings hapert es in Kommunen häufig bei der Umsetzung der Vielzahl an Förderprogrammen. Denn komplizierte Förderanträge, knappe Kassen und fehlendes Personal bremsen viele Kommunen aus. Eine neue Difu-Studie, die im Auftrag der Klima-Allianz Deutschland und des Klima-Bündnisses erstellt wurde, zeigt, wie Förderprogramme einfacher, wirksamer und bürokratieärmer gestaltet werden können. Vor Ort ist der Unmut besonders groß, wenn Schulsanierungen oder der Ausbau bezahlbarer Nahwärmenetze an fehlendem Personal und zu langen Bewilligungszeiten scheitern. Bund und Länder stehen deshalb – auch mit Blick auf das Sondervermögen – in der Pflicht, bestehende Förderprogramme zu vereinfachen und den notwendigen Verwaltungsaufwand auf ein Minimum zu reduzieren. Die Difu-Studie zeigt erfolgreiche Optionen, wie z. B. mit Förderpauschalen eine gezielte Finanzierung von Personal gelingen kann: Für die Studie hat das Difu fünf bestehende Landesprogramme in Rheinland-Pfalz, Sachsen, Niedersachsen und Thüringen analysiert.



Foto: Ralf, stock.adobe.com

Aus den analysierten Länderprogrammen wurden Policy-Empfehlungen abgeleitet, die auch als Beitrag für entsprechende Nachsteuerungsprozesse im Bereich der beiden Sondervermögen in den kommenden Jahren gedacht sind. Zu diesen Reformideen zählt an erster Stelle eine grundlegende Bündelung und Pauschalierung von Förderprogrammen durch Bund und Länder, um die Vielzahl an Programmen und die damit verbundene Intransparenz abzubauen. Wenn bestehende oder neue Förderprogramme auf die Gewährung von Förderpauschalen umgestellt werden, bietet sich beispielsweise eine Kombination aus einer pauschalierten Finanzierung eines strategischen Klimaschutzmanagements in den Kommunen durch die jeweiligen Länder und einer Gewährung pauschalierter Förderkreditkontingente für investive Infrastrukturmaßnahmen in den Kommunen an. Diese ließen sich über die landeseigenen Förderbanken abwickeln. Eine pauschalierte Förderung ist aber auch als Sonderlastenausgleich in den kommunalen Finanzausgleichssystemen möglich.

Eine besondere Herausforderung stellt die Berücksichtigung der finanzschwachen Kommunen dar. Hier sollte auf eine Kofinanzierungspflicht verzichtet werden, da selbst die Erbringung eines Eigenanteils in Höhe von zehn Prozent für diese Kommunen kaum zu leisten ist. Die Bereitstellung von Positivlisten mit Hinweisen zu CO₂-Einsparpotenzialen und beihilferechtlichen Empfehlungen für Kommunen ist insbesondere für kleinere und mittlere Kommunen wichtig. Hier sollten die Länder und ihre Energie- und/oder Klimaschutzagenturen entsprechende Hilfestellungen leisten. Im Sinne des „One-Stop-Shop“-Prinzips sollten die Energie- und/oder Klimaschutzagenturen der Länder – im Idealfall – als zentrale Institutionen mit der gesamten Förderadministration betraut werden: von der Beratung über die Beantragung, Abwicklung und Verwendungsnachweisprüfung. Das gesamte Förderwesen sollte durch Bereitstellung von digitalen Landesförderportalen organisiert werden, um medienbruchfreie Schnittstellen sowie einheitliche Standards zu realisieren. Eine weitere Empfehlung ist die Entschlackung der Haushaltsordnungen von Bund und Ländern sowie des Zuwendungs- und Vergaberechts.

Ein gutes Beispiel sind pauschalierte Förderbudgets, die die Bürokratie deutlich reduzieren und Planungssicherheit schaffen. Statt für jedes Projekt neue Anträge zu stellen, erhalten Kommunen feste Klimabudgets und wählen aus einer Liste bewährter Maßnahmen aus. Wahlmöglichkeiten entlasten Kommunen spürbar von Verwaltungsaufgaben. Gerade für kleinere und finanzschwache Kommunen ist das ein entscheidender Hebel, um Klimaschutz und Klimaanpassung strategischer und verlässlicher umzusetzen.



www.difu.de/19552



Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001-295
scheller@difu.de

Dr. Christian Raffer
+49 30 39001-198
raffer@difu.de

Flächen sparen in der räumlichen Planung

Wie verbindliche Flächensparziele in der Raumplanung auf den Ebenen von Bund, Ländern und Regionen umgesetzt werden können, war Gegenstand einer Untersuchung, die das Difu gemeinsam mit weiteren Partnern im Auftrag des Umweltbundesamts (UBA) durchführte.

Die Verminderung der Inanspruchnahme neuer Flächen hin zu einem Flächenverbrauch von netto null im Jahr 2050 ist ein Ziel der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS). In einem Forschungsvorhaben, das vom Difu mit weiteren Partnern (Institut Raum & Energie, Wedel; Gertz, Gutsche Rümenapp – Stadtentwicklung und Mobilität, Hamburg; Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ, Leipzig) im Auftrag des UBA umgesetzt wurde, ging es um die Verankerung verbindlicher Flächensparziele im Rahmen der Raumordnung. Hierfür wurde ein regulatorisches Konzept erarbeitet, das auf bundesgesetzliche Zielfestlegungen zur Reduktion des Flächenverbrauchs für Siedlung und Verkehr sowie auf eine Zuteilung von Mengenkontingenten und deren Aufteilung auf Bund und Länder baut. Darüber hinaus sieht das Konzept eine Verankerung von Länderpflichten zur weiteren Verteilung der Landeskontingente auf die Gemeinden vor. Das Projektteam untersuchte auch die Anpassungen des Bauplanungsrechts zur Kopplung von Kontingenten und Baurechten sowie temporäre Ausnahmereiche für die erneuerbaren Energien. Mit Blick auf die Umsetzung einer Kontingentierung wurden festzulegende Zuständigkeiten, Organisationsregeln und Kontrollpflichten sowie Vorschläge für flankierende Maßnahmen zur Unterstützung der Konzeptumsetzung – wie z.B. die steuerliche Förderung einer Politik der Innenentwicklung oder rechtliche Instrumente zur Stärkung der Baulandmobilisierung im Innenbereich der Kommunen – erarbeitet.

Für eine rechtliche Verankerung der Kontingentierung müssten Mengenziele in den Leitvorstellungen der Raumordnung (§ 1 ROG) festgelegt werden. Auch bedürfte es der weiteren Operationalisierung per Rechtsverordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrats oder alternativ der Verankerung in einem Bundesraumordnungsplan (§ 17 ROG). Weitergehende Kontingentfestlegungen für die gemeindliche Ebene sollten auf landesplanerischer Grundlage erfolgen. Damit raumplanerische Zielfestlegungen für die verbindliche Bauleitplanung der Kommunen wirksam werden, sind im BauGB Regelungen zu treffen, die über die Anpassungspflicht nach § 1 Abs. 4 BauGB hinausgehen: Die verbindliche Bauleitplanung ist an Mengenkontingente zu koppeln

(z. B. in § 2 Abs. 1 BauGB), die Zulässigkeit von Vorhaben im Außenbereich an die Kontingentvorgaben (z. B. in § 30 Abs. 1 und in § 35 Abs. 1 BauGB). Eine Begrenzung des flächenmäßigen Umfangs baulicher Flächenneuinanspruchnahme der Kommunen ist trotz der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie (Art. 28 Abs. 2 GG) möglich, wenn sie einem übergeordneten Gemeinwohlzweck dient. Hierfür sind verbindliche quantitative, verhältnismäßige Mengenziele mithilfe flexibler Mechanismen und flankierender Maßnahmen auszugestalten.



Foto: zhu difeng, stock.adobe.com

Für die Aufteilung des Kontingents auf die Kommunen auf Länderebene wurden zwei Modelle vorgeschlagen. Im Regionen-Kommunen-Modell würde zunächst das Gesamtvolumen zwischen einzelnen Raumordnungsregionen und dem Land aufgeteilt. Die Raumordnungsregionen würden dann anschließend die Verteilung auf die Kommunen z. B. entlang bestehender raumordnerischer Leitbilder übernehmen. Im Kommunen-Modell würde das Land sein Gesamtvolumen an Kontingenten direkt auf die Kommunen und sich selbst verteilen. Hiermit könnte jedoch verbunden sein, dass regionale und regionsinterne Besonderheiten weniger Berücksichtigung finden.

Mit Blick auf das „Netto-null-bis 2050-Ziel“ ergibt sich eine positive Umsetzungsperspektive, wenn diese Voraussetzungen für ein langfristig ausgerichtetes Umsteuern in der Flächenpolitik erfüllt sind. Nun ist der politische Diskussionsprozess über die Umsetzungsempfehlungen erforderlich. Das Forschungsvorhaben hat die dafür notwendige wissenschaftliche Grundlage geschaffen.



www.difu.de/19582



Dipl.-Ing. agr.
Thomas Preuß
+49 30 39001-265
preuss@difu.de



Öffentliches Grün: Orientierungswerte im Praxistest

Die vom Difu gemeinsam mit der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf weiterentwickelten Orientierungswerte für öffentliches Grün wurden von den Städten Darmstadt, Düsseldorf, Hanau, Leipzig und Wiesbaden einem Praxistest unterzogen.

Gemeinsam mit der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf (HSWT) und gefördert vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) hat das Difu von 2019 bis 2022 Orientierungswerte für das öffentliche Grün weiterentwickelt (F+E-Vorhaben Stadtnatur I). Die Weiterentwicklung der Werte zielt darauf ab, über die Erholung hinausgehend auch die Klima-, Gesundheits- und Biodiversitätsfunktion von öffentlichen Grünflächen und Grünstrukturen abzubilden. Im Ergebnis wurden nach diesen vier Funktionen differenzierte Orientierungswerte und Kenngrößen für das öffentliche Grün empfohlen.

In dem ebenfalls vom BfN geförderten Nachfolgeprojekt Stadtnatur II wurden die Orientierungswerte in Darmstadt, Düsseldorf, Hanau, Leipzig und Wiesbaden von Herbst 2023 bis Herbst 2025 einem Praxistest unterzogen. Die fünf Städte wurden beim Praxistest durch die Forschungsteams des Difu und der HSWT begleitet und beraten. Dem Austausch der Praxiskommunen untereinander dienten gemeinsame vom Forschungsteam moderierte Vernetzungstreffen.

Der Praxistest hat gezeigt, dass die Orientierungswerte realistisch angesetzt sind und differenzierte quantitative Aussagen zur Versorgung mit öffentlichem Grün in der Stadt ermöglichen. Räume mit Defiziten können anhand der Werte identifiziert und dargestellt werden. Das differenzierte Funktionsmodell (Erholung, Klima, Gesundheit, Biodiversität) wird von den fünf Praxiskommunen begrüßt und positiv bewertet. Im Detail regen sie

jedoch an, die Kenngrößen zur Beurteilung der Funktionswirksamkeit des öffentlichen Grüns an einigen Stellen anzupassen. Die Funktion Biodiversität wird als Belang für unverzichtbar eingeschätzt, eine Beurteilung des öffentlichen Grüns scheitert aber oft an fehlenden, geeigneten Datengrundlagen. Daher sollten strukturierte Erhebungen biodiversitätsrelevanter Daten bundesweit zur Verfügung stehen.

Im Ergebnis lässt sich sagen: Das Orientierungswertemodell ist in der Erstanwendung aufwändig, lässt sich aber routinisieren und bietet erheblichen Zusatznutzen für weitere Planungen und das Monitoring. Kommunale sowie nationale Aushandlungsprozesse über öffentliches Grün können über funktionsorientierte Orientierungswerte gestärkt werden. Der Orientierungswerteansatz wurde vom Forschungsteam auf Basis der Ergebnisse des Praxistests weiter qualifiziert und steht der kommunalen Praxis als übersichtliche Broschüre mit zahlreichen Anwendungshinweisen zur Verfügung.

Auch der im F+E-Vorhaben Stadtnatur I begonnene Prozess der Konventionsbildung zu den Orientierungswerten, in den verschiedene Fachinstitutionen, Fachgremien und Verbände einbezogen sind und der auf eine möglichst breit getragene Fachkonvention zu den Orientierungswerten abzielt, wurde unter Leitung des BfN mit Unterstützung des Forschungsteams im Projekt Stadtnatur II fortgesetzt. Ziel des BfN ist es, die Fachkonvention im Sommer 2026 vorzulegen.



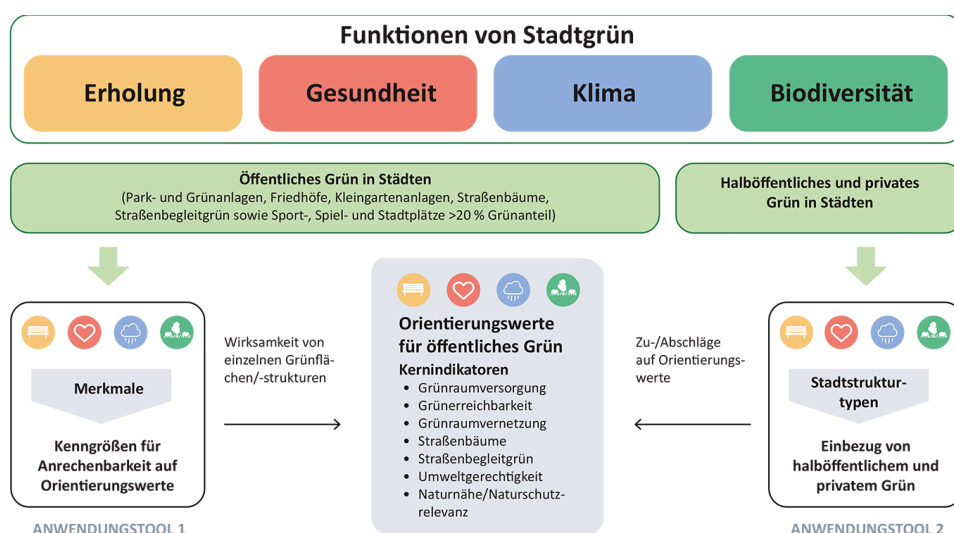
Inhalt und Prozess der Orientierungswerte für öffentliches Grün



www.difu.de/17913
www.t1p.de/vs6n7



Dipl.-Geogr. Luise W
+49 221 340308-19
willen@difu.de



Grafik: A. Kunkel, M. Kollmeier, P. Blum (2024)

Hitzeaktionsplan

Begriffe aus der kommunalen Szene,
einfach erklärt.

Hitzewellen gehören zu den deutlichsten Folgen des Klimawandels. Besonders Städte sind betroffen: Dichte Bebauung, versiegelte Flächen und wenig Grün sorgen dafür, dass sich Straßen, Plätze und Gebäude stark aufheizen und nachts nur langsam abkühlen. Die Belastung betrifft nicht nur die Gesundheit der Bevölkerung, sondern auch die kommunale Infrastruktur und die Nutzbarkeit öffentlicher Räume. Ein Hitzeaktionsplan ist ein strategisches Instrument, mit dem Kommunen die Auswirkungen extremer Hitze verringern und sich langfristig an den Klimawandel anpassen. Er bündelt Maßnahmen, um Menschen besser zu schützen, Risiken frühzeitig zu erkennen und Städte widerstandsfähiger gegenüber zunehmender Hitze zu machen.

„Ein Hitzeaktionsplan macht aus der Herausforderung Hitze eine kommunale Gemeinschaftsaufgabe.“

Zu einem Hitzeaktionsplan gehören beispielsweise Hitzewarnsysteme, Informationsangebote, Notfall- und Kommunikationskonzepte sowie Maßnahmen zum Schutz besonders gefährdeter Bevölkerungsgruppen. Gleichzeitig umfasst er langfristige Maßnahmen der Stadtentwicklung: mehr Stadtgrün, schattenspendende Bäume, entsiegelte Flächen, kühlende Freiräume oder eine wassersensible Gestaltung des öffentlichen Raums.

Die Erstellung eines Hitzeaktionsplans erfordert die Zusammenarbeit unterschiedlicher Fachbereiche – von Gesundheits-, Umwelt- und Grünflächenämtern über Stadtplanung und Katastrophenschutz bis hin zu sozialen Einrichtungen. Damit wird Hitzevorsorge zu einer Querschnittsaufgabe kommunalen Handelns. Hitzeaktionspläne helfen, verhaltens- und verhältnispräventive Maßnahmen umzusetzen. Sie helfen Kommunen, sich auf häufigere und intensivere Hitzewellen vorzubereiten und die Lebensqualität in Städten und Gemeinden auch unter veränderten klimatischen Bedingungen zu sichern.



Weitere Begriffe online:
www.difu.de/6189



Edition Difu – Stadt Forschung Praxis

Kreislaufstadt – Chancen für Resilienz und Wertschöpfung

Ergebnisse aus der Difu-Gemeinschaftsstudie
und Leitfaden für Kommunen

S. Wagner-Endres, O. Peters, H. Gieseler,
V. Liedloff, M. Munzert, H. Scheller
2025, Bd. 20, 244 S., nur online

➔ www.difu.de/19175

Radverkehr und Verkehrswende

Eine Geschichte von Gegenwind und
Rückenwind

Tilman Bracher

2021, Bd. 19, 168 S., zahlreiche Abb., Print 34 €,
Download kostenlos

ISBN 978-3-88118-680-3

➔ www.difu.de/16867

So geht's

Fußverkehr in Städten neu denken und umsetzen
Uta Bauer (Hrsg.)

2019, Bd. 18, 240 S., vierfarbig, Print 39 €,
Download kostenlos

ISBN 978-3-88118-643-8

➔ www.difu.de/12984

Vielfalt gestalten

Integration und Stadtentwicklung in
Klein- und Mittelstädten

Bettina Reimann u.a. (Hrsg.)

2018, Bd. 17, 364 S., kostenlos

ISBN 978-3-88118-618-6

➔ www.difu.de/12236

Wasserinfrastruktur: Den Wandel gestalten

Technische Varianten, räumliche Potenziale,
institutionelle Spielräume

Martina Winker und Jan Hendrik Trapp (Hrsg.),

2017, Bd. 16, 272 S., vierfarbig, Print 39 €,

Download kostenlos

ISBN 978-3-88118-584-4

➔ www.difu.de/11299

Kommunaler Umgang mit Gentrifizierung

Praxiserfahrungen aus acht Kommunen

Thomas Franke u.a., 2017, Bd. 15, 312 S.,

vierfarbig, zahlreiche Abb., Print 39 €,

Download kostenlos

ISBN 978-3-88118-579-0

➔ www.difu.de/11026

Städtebauliche Verträge – Ein Handbuch

Vierte, aktualisierte Auflage. Mit Berücksichti-
gung der BauGB-Novelle 2013

A. Bunzel, D. Coulmas und G. Schmidt-

Eichstaedt, 2013, Bd. 12, 466 S., Print 39 €,

Download kostenlos

ISBN 978-3-88118-508-0

➔ www.difu.de/9002

Difu Arbeitshilfen

Verfahren zur Aufstellung von Bebauungsplänen

3., grundlegend überarbeitete Auflage unter
Berücksichtigung des Baulandmobilisierungs-
gesetzes

M.-L. Wallraven-Lindl und A. Uhmann

2022, 224 S., Print 39 €

ISBN 978-3-88118-682-7, eBook 33,99 €

➔ www.difu.de/17149

Difu Impulse

Klimaschutz sozial verträglich gestalten

NEU

Ansatzpunkte für eine Stärkung der sozialen
Ausgleichsfunktion des ÖPNV in Großstädten

Bd. 5/2026, 47 S., nur online

➔ www.difu.de/19718

Kommunale Wirtschaftsförderung 2025

NEU

Ergebnisse der aktuellen Difu-Umfrage

Sandra Wagner-Endres

Bd. 4/2026, 51 S., nur online

➔ www.difu.de/19641

Haltstellenumfelder aus Nutzenden- perspektive: mehr als nur ein-, um- und aussteigen

Ergebnisse aus dem EU-Projekt EASIER

Jan-Philipp Mesenbrock, Heike Marquart

Bd. 3/2026, 28 S., nur online, in Kürze

➔ www.difu.de/publikationen

Wege in die Wohnungsversorgung von Geflüchteten: Kommunale Ansätze und Erfahrungen

Beate Hollbach-Grömig, Bettina Reimann

Bd. 2/2026, 63 S., nur online

➔ www.difu.de/19447

Kommunale Resilienz in Langzeitkrisen

Praxisbeispiele aus deutschen Kommunen

Lawrence Schätzle

Bd. 1/2026, 72 S., nur online

➔ www.difu.de/19609

Bauen mit Holz – Klimaschutz und Kreis- laufwirtschaft im Fokus

Kommunale Instrumente und Beispiele aus der
Praxis

Maic Verbücheln, Justine Schäuble

Bd. 7/2025, 65 S., nur online

➔ www.difu.de/19284

Struktur, Kooperation und Aufgaben in der kommunalen Kulturarbeit

Qualitative Einblicke in die Arbeit der Kreiskul-
turverwaltungen

Julia Diring, Franciska Frölich von

Bodelschwing, Beate Hollbach-Grömig

Bd. 5/2025, 41 S., nur online

➔ www.difu.de/19252

Hitzeaktionspläne in der kommunalen Praxis

Verbundvorhaben DAS: Anwendung der Hand-
lungsempfehlungen für die Erstellung von

Hitzeaktionsplänen in der kommunalen Praxis
(Plan°C)

Moritz Ochsmann

Bd. 3/2025, 61 S., nur online

➔ www.difu.de/19032

Difu Policy Papers

Weniger bringt mehr: Suffizienz im kom- munalen Klima- und Ressourcenschutz

Marco Peters, Maic Verbücheln

2026, 23 S., nur online

➔ www.difu.de/19492

ÖPNV-Finanzierung langfristig sicherstel- len – wer zahlt?

Ein Debattenbeitrag

Alexandra Bensler, Oliver Mietzsch, Lisa Ruhrort

2026, 17 S., nur online

➔ www.difu.de/19450

Kreislaufstadt

Kommunale Kreislaufwirtschaft strategisch und
gemeinschaftlich umsetzen

Sandra Wagner-Endres, Oliver Peters, Marie

Munzert, Valeska Liedloff

2025, 24 S., nur online

➔ www.difu.de/19255

Krisenmanagement als kommunale Daueraufgabe?

Zum kommunalen Handeln zwischen Regel-
strukturen im Normalbetrieb, Transformations-
erfordernissen und permanentem Krisenma-
nagement

Lawrence Schätzle, Jan Hendrik Trapp

2025, Bd. 7, 33 S., nur online

➔ www.difu.de/19162

Übersicht aller Publikationen + Bestellmöglichkeit

www.difu.de/publikationen

Vertrieb: Difu gGmbH, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin,
Tel. +49 30 39001-127, Mail: vertrieb@difu.de

Alle Difu-Veröffentlichungen und -eBooks sind für Difu-Zuwender kostenlos.

Veröffentlichungen

Berichte 2/2026

Sonderveröffentlichungen

Jahresrückblick 2025 **NEU**

Difu (Hrsg.)

2026, 28 S., online und print

➔ www.difu.de/19715

KfW-Kommunalpanel 2026 **NEU**

C. Raffer, H. Scheller, N. Schmelmer, M. Borghorst-Dilangu, Stefanie Brilon, KfW Bankengruppe (Hrsg.)

2026, 43 S., nur online

➔ www.difu.de/19701

Regulative Baukultur **NEU**

Potenziale des Bau- und Vergaberechts für die Qualität des gestalteten Raumes

M. Krusenotto, D. Michalski, W.-C. Strauss, S. Tomerius, BBSR (Hrsg.)

2026, 106 S., nur online

➔ www.difu.de/19702

OB-Barometer 2026 **NEU**

Difu (Hrsg.), J. Monstadt, B. Hollbach-Grömig

2026, 4 S., online und print

➔ www.difu.de/19697

Kommunen investieren den größten Teil des Sondervermögens in Schulen und Straßen **NEU**

M. Borghorst-Dilangu, S. Brilon, C. Raffer, KfW Bankengruppe (Hrsg.)

2026, 6 S., nur online

➔ www.difu.de/19665

Mal nachgefragt! Interviews zu Herausforderungen im Klimaschutz **NEU**

Difu u.a. (Hrsg.)

2026, 6 S., nur online

➔ www.difu.de/19666

Indirekte regionalwirtschaftliche Effekte der Smart City **NEU**

Wie digitale Lösungen Wirtschaftsstandorte stärken

Sandra Wagner-Endres u.a., BBSR (Hrsg.)

2026, 54 S., nur online

➔ www.difu.de/19653

Das Gesamtdeutsche Fördersystem im Spiegel einer ökologisch nachhaltigen, vorausschauenden und transformativen Strukturpolitik **NEU**

Zwischenbericht

Henrik Scheller, Christian Raffer u.a., UBA (Hrsg.)

2026, 250 S., nur online

➔ www.difu.de/19652

+Memorandum - Wissenschaftsnetzwerk Smart City **NEU**

Diskussionspapier zur Konferenz „IPSC – Interdisziplinäre Perspektiven auf die Smart City“ am 21. und 22. Mai 2026 in Kaiserslautern

Difu u.a. (Hrsg.)

2026, 8 S., nur online

➔ www.difu.de/19643

Flächenverbrauch reduzieren: Vorschläge für Maßnahmen zum Flächensparen Impulse aus dem Bund-Länder-Dialog Fläche **NEU**

Thomas Preuß, Robert Böhnke u.a., UBA (Hrsg.)

2026, 40 S., nur online

➔ www.difu.de/19621

Toolkit for Gender Inclusive Mobility Planning **NEU**

Best practices and case studies for urban planners and designers

Leah Gerber

2026, 48 S., nur online

➔ www.difu.de/19581

Kommunaler Klimaschutz – Ansätze für eine effiziente, wirkungsorientierte und bürokratiearme Förderung im bestehenden System

Henrik Scheller, Christian Raffer

2026, 47 S., nur online

➔ www.difu.de/19552

Immobilieigentümer*innen zu energetischen Sanierungsmaßnahmen motivieren

Difu (Hrsg.)

2026, 17 S., nur online

➔ www.difu.de/19530

Stadtlabore, Makerspaces und Digitalwerkstätten

Mit Ankerorten des digitalen Wandels smarte Städte und Regionen gestalten

Jan Abt, BBSR (Hrsg.)

2026, 76 S., online und Print

➔ www.difu.de/19527

Umbaukultur. Argumente für einen Paradigmenwechsel im Planen und Bauen aus Umweltperspektive

Ein Ergebnis aus dem Forschungsprojekt

„Neues Europäisches Bauhaus weiterdenken – AdNEB“ und dem Forschungsfeld „Urbane Umweltschutz“

T. Preuß, D. Michalski, M. Verbücheln, R. Riechel, K. Eckert, A. Schröder, UBA (Hrsg.)

2026, 32 S., nur online

➔ www.difu.de/19514

On-Demand-Verkehr: Bekannt machen. Begeistern. Etablieren

Praxisleitfaden für die Fahrgastkommunikation in Kommunen

Lothar Gröschel, Alexandra Bensler

2026, 23 S., nur online

➔ www.difu.de/19513

Urbane digitale Zwillinge in der Wärmeplanung

Potenziale und Rahmenbedingungen für den Einsatz in Kommunen

Lisa Dreier, Robert Riechel u.a.

2026, 56 S., online und Print

➔ www.difu.de/19472

Was Menschen bewegt – Anreize für nachhaltige Mobilität

Verhalten verstehen, wirksame Anreize setzen
M. Münsch, O. Lell, L. Sönksen, A. Klein-Hitpaß, UBA (Hrsg.)

2025, 51 S., nur online

➔ www.difu.de/19373

Kommunale Grundfinanzierung

Für starke Kommunen und gerechte Lebensverhältnisse

Christian Raffer, Henrik Scheller

2025, 48 S., nur online

➔ www.difu.de/19296

BISKO Bilanzierungssystematik Kommunal

Methoden und Daten für die kommunale Treibhausgasbilanzierung, 6. Auflage

Agentur für kommunalen Klimaschutz am Difu (Hrsg.)

2025, 38 S., nur online

➔ www.difu.de/19233

SDG-Indikatoren für Kommunen

Indikatoren zur Abbildung der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen in deutschen Kommunen. 4. Auflage

Oliver Peters, Johanna Neu

2025, 89 S., nur online

➔ www.difu.de/19199

Zukunftsfähige Kommunen

Lösungen für Städte, Gemeinden und Regionen im Wandel. Ergebnisse der BMBF-Fördermaßnahmen „Kommunen innovativ“ und „REGION. innovativ – Kreislaufwirtschaft“

J. Abt, L. Blecken, S. Bock, J. Burgold, J. Diringer, K. Fahrenkrug, W.-C. Strauss

2025, 572 S., nur online

➔ www.difu.de/19160

Nach der Flutkatastrophe: Chance für Veränderung

Ein Praxisleitfaden mit Strategien und Beispielen für Kommunen

Daniela Michalski u.a.

2025, 65 S., online und print

➔ www.difu.de/18902

Zeitschrift

Stadt, Klima, Saisonalität

Moderne Stadtgeschichte

MSG, Heft 2/2025, 128 S., nur online

➔ www.difu.de/19408

Die Stadt und der Tod

Moderne Stadtgeschichte

MSG, Heft 1/2025, 236 S., nur online

➔ www.difu.de/19116



Foto: Marcus Sielaff, Difu

Difu-Beitritt: Viele Vorteile für Kommunen, Verbände und Planungsgemeinschaften

Modernes Stadtmanagement erfordert fundierte, aktuelle Kenntnisse in allen kommunal relevanten Gebieten. Für viele Städte ist es finanziell nicht möglich, eigene Forschung und Fortbildung zu betreiben. Ohne entsprechendes Hintergrundwissen ist die Entscheidungsfindung jedoch erschwert. Hier setzt die Arbeit des Instituts an. Als Forschungs- und Fortbildungsinstitut der deutschen Städte arbeitet das Difu praxisnah, berät Kommunen, bildet fort, moderiert den wichtigen kommunalen Erfahrungsaustausch und bietet vielfältige Serviceleistungen an.

Zentrale Kooperationspartner des Difu sind daher seine Partnerkommunen, Kommunalverbände und Planungsgemeinschaften. Mit ihnen kooperiert das Institut besonders eng und wird durch jährliche Zuwendungen unterstützt. Diese enge Kooperation sorgt auch dafür, dass sich die Difu-Arbeit direkt am Praxisbedarf orientiert.

Beratung

Verwaltungspersonal und Ratsmitglieder aus Difu-Zuwanderkommunen und -verbänden können sich mit Fachfragen direkt an das Institut wenden, um diese im persönlichen Gespräch mit den Fachleuten zu erörtern.

➔ www.difu.de/12807

Fortbildung

Fortbildung in der eigenen Kommune, beim Difu in Berlin oder online: Für Fortbildungen lohnt sich die Zuwanderschaft besonders: Die praxisorientierten „Difu-Seminare“ in Berlin sind oft schnell ausgebucht. Difu-Zuwander profitieren von den günstigen Zuwendertarifen für Präsenzseminare. Alle „Difu-WebSeminare“ für Zuwander sogar kostenfrei! Zudem bietet das Difu den Zuwendern exklusiv und kostenfrei individuelle „Online-Impulsvorträge“ mit anschließendem Austausch/Diskussion – vom Difu moderiert. Kommunen wählen ihr Thema, das Difu kommt digital ins Rathaus.

➔ www.difu.de/17143

➔ www.difu.de/12805

Erfahrungsaustausch mit anderen Städten

Erfahrungsaustausch ist wichtig, um die Position der eigenen Stadt einschätzen zu können und Lösungswege vergleichbarer Städte kennen zu lernen. Das Difu bietet regelmäßigen Austausch an – teilweise exklusiv für Zuwander. Zum Beispiel beim Jahrestreffen in Berlin, zu dem das Institut seine Zuwander jährlich einlädt.

➔ www.difu.de/programm

Die eigene Stadt als Untersuchungsgegenstand

Zuwander werden vom Difu als Fallstudienstädte im Rahmen von Studien bevorzugt ausgewählt. Auch im Fall von Kostenbeteiligungen an Studien sind diese für Zuwander meist günstiger. Die einbezogenen Städte profitieren damit unmittelbar vom Wissenstransfer auf aktuellem Stand – zugeschnitten auf die eigene Stadt.

➔ www.difu.de/projekte

Zugang zu exklusiven Informationen im Extranet – auch aus dem Homeoffice

Im Difu-Extranet stehen vielfältige Hintergrundinformationen exklusiv für Zuwander zur Verfügung: Berichte über Difu-Fortbildungen, „Virtuelle“ Tagungsmappen, Vorträge, Aufsätze, Präsentationen sowie Volltexte ausgewählter Difu-Publikationen. Auch aus dem Homeoffice ist der Zugang für Zuwanderstädte möglich (Verwaltungsmitarbeitende und Ratsmitglieder senden hierzu eine Passwort-Anfrage an das Difu: s. zweiter Link).

➔ www.difu.de/extranet-login

➔ www.difu.de/6334

Alle Neuerscheinungen kostenfrei

Zuwander erhalten sämtliche Difu-Publikationen kostenfrei. Das Difu bietet nahezu alle Publikationen digital an. PDFs können direkt im Inter- oder Extranet heruntergeladen werden. Neue Publikationen werden im Difu-Newsletter veröffentlicht.

➔ www.difu.de/publikationen

Zugang in die Difu-Literaturdatenbank

Die Online-Recherche in der Difu-Literaturdatenbank ist kostenfrei. Die Datenbank ermöglicht den Zugang zu kommunal relevanter Literatur. Dieses Repository ist der Publikationsserver des Difu. Es enthält eine Vielzahl von Quellen, überwiegend im Volltext. Alle Difu-Publikationen werden hier erfasst und stehen meist auch online bereit.

➔ <https://repository.difu.de>

Weitere Infos zum Beitritt und über Vorteile für Zuwander bietet die Difu-Website

➔ www.difu.de/12914

➔ +49 30 39001-208



Sybille Wenke-Thiem

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Difu-Zuwanderschaft
+49 30 39001-209
wenke-thiem@difu.de

Dipl.-Pol.

Patrick Diekelmann

Publikationen
+49 30 39001-254
diekelmann@difu.de

Dipl.-Geogr.

Ulrike Wolf

Wissensmanagement und Fortbildung
+49 30 39001-297
wolf@difu.de

Berichte – das Magazin des Difu

Herausgegeben von

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) gGmbH
Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin
www.difu.de

Geschäftsführung:

Prof. Dr. Jochen Monstadt, Luise Adrian
Gesellschafter:

Verein für Kommunalwissenschaften e. V.
Amtsgericht Charlottenburg, HRB 114959 B
Umsatzsteuer-ID: DE 261590461

Text- und Bildredaktion

Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.) mit
Stefanie Beiersdorf, Sean Gehrke,
Vera Gutofski, Martin Hofer

Layout und Bildbearbeitung

Vera Gutofski

Gestaltungskonzept

3pc, Neue Kommunikation GmbH

Fotos

Coverbild:

Konstantin, stock.adobe.com

Großbilder:

Seite 14: Thorsten Donig Photography (über
stock.adobe.com)

Seite 16: Mandy, stock.adobe.com

Seite 24: Rychko Yevhen, stock.adobe.com

Redaktionskontakt/Berichte-Verteiler

Difu-Pressestelle

Tel. +49 30 39001-208

presse@difu.de

Jahrgang/Erscheinungsweise

Jahrgang 52/vierteljährlich

ISSN 1439-6343

Stand: 30.06.2026

Nutzung der Beiträge

Frei, bei Nennung der Quelle. Beispiel: „aus
Difu-Magazin Berichte, Ausgabe 2/2026“.
Info an presse@difu.de erbeten.

Druck

Spree Druck GmbH

Gedruckt auf umweltfreundliches Papier.



Kostenfreie Difu-Angebote

Difu-Website & Projektwebsites

Immer auf dem neusten Stand: Difu-Forschung,
-Fortbildung, -Veröffentlichungen sind auf der
Difu-Website zu finden – und auch auf den
Projekt-Websites, die das Difu im Rahmen
seiner Projektarbeit betreibt:

➔ www.difu.de

➔ www.difu.de/15196

Difu-Magazin Berichte – auch online

Mit dem Difu-Magazin informiert das Institut
vierteljährlich über Forschungsergebnisse,
Standpunkte, neue Publikationen, neue Pro-
jekte, Veranstaltungen und vieles mehr. Die
„Berichte“ erscheinen kostenfrei als Print- und
Online-Version. Der Umstieg auf die papierlose
Version hat viele Vorteile: Klima schützen, Platz
sparen, früher informiert sein – und das Difu von
Kosten entlasten. Der Wechsel ist leicht:

1.) Mail-Adresse online unter Verteileraufnahme
eintragen (s. u.) 2.) Mail an presse@difu.de
schicken und mitteilen, welche Postadresse wir
lösen dürfen. Beim Erscheinen eines neuen
Hefts erhalten eAbonent:innen eine E-Mail mit
dem Link zum aktuellen Heft (PDF). Durch das
Online-Abo erhalten sie das Heft ca. zwei Wo-
chen vor dem Erscheinen der Printausgabe, da
Druck- und Versandzeiten entfallen. Das
Online-Archiv reicht bis 1996 zurück.

➔ www.difu.de/15194 (Verteileraufnahme)

➔ www.difu.de/taxonomy/term/471 (Archiv)

E-Mail-Newsletter „Difu-News“

Alle zwei Wochen informiert das Difu über sei-
nen E-Mail-Newsletter „Difu-News“ über aus-
gewählte, neue Inhalte auf der Difu-Homepage.

➔ www.difu.de/newsletter

Veröffentlichungen

Die Difu-Publikationen stehen überwiegend
kostenfrei zum Download auf der Difu-Home-
page zur Verfügung. Einige können als Print-
exemplar käuflich erworben werden (für Zuwen-
der sind diese grundsätzlich kostenfrei).

➔ www.difu.de/publikationen

Öffentliche Veranstaltungsserie

Im Wintersemester bietet das Difu monatlich die
gebührenfreie Veranstaltungsreihe der „Difu-
Dialoge zur Zukunft der Städte“ online/teils hy-
brid an, die sich zu jedem Termin mit einem an-
deren aktuellen Thema befasst.

➔ www.difu.de/taxonomy/term/2114

Social-Media-Kanäle

Über LinkedIn, Bluesky und Facebook kommu-
niziert das Difu aktuelle Neuigkeiten aus dem
Institut bzw. zu kommunal relevanten Themen.
Ausgewählte öffentliche Difu-Veranstaltungen
sowie Vorträge und Medienbeiträge von Difu-
Wissenschaftler:innen können auf Youtube
„nachgesehen“ bzw. „nachgehört“ werden:

➔ https://de.linkedin.com/company/difu

➔ www.facebook.com/difu.de

➔ https://bsky.app/profile/difu.de

➔ www.youtube.com/@difu

Presseverteiler

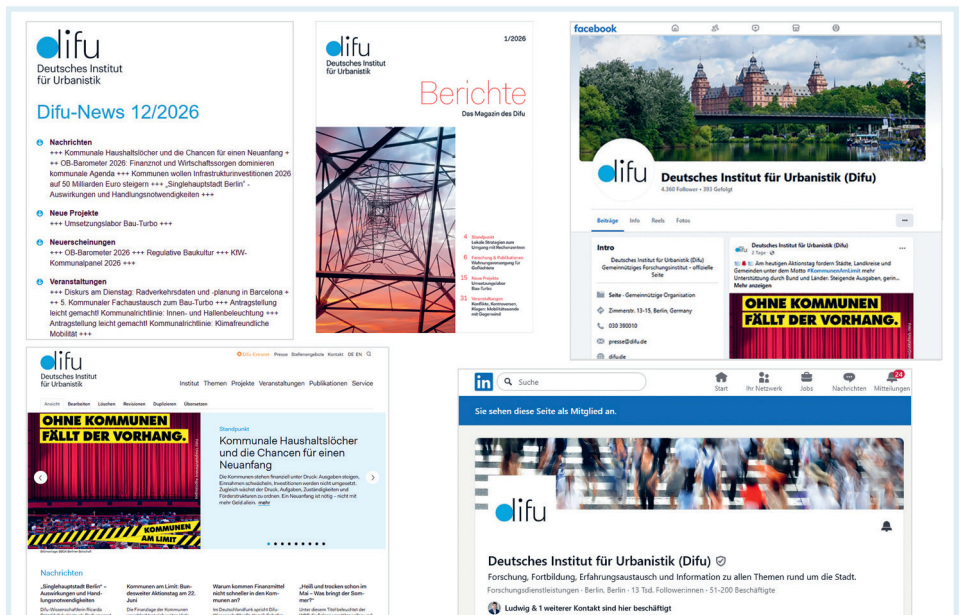
Die Pressemitteilungen informieren über
medienrelevante Neuigkeiten aus dem Institut.

➔ www.difu.de/13168

RSS-Feeds

Feeds zu Pressemitteilungen, Veranstaltungen,
Publikationen, Projekten, Ausschreibungen in-
formieren über neue Inhalte auf der Website.

➔ www.difu.de/15162



Natur wiederherstellen

Das Difu untersucht die Umsetzung der EU-Wiederherstellungsverordnung in Kommunen.

Natur wiederherstellen



www.difu.de/19426



Laura Schöngart, M.A.
+49 30 39001-239
schoengart@difu.de



Foto: Harlekin-Graphics, stock.adobe.com

Die EU-Verordnung setzt neue Maßstäbe für den Schutz und die Entwicklung von Ökosystemen – und formuliert erstmals verbindliche Ziele für städtische Räume. Für die Kommunen heißt das, europäische Anforderungen mit bestehenden Planungen, Zielkonflikten und begrenzten Ressourcen in Einklang zu bringen. Der Nationale Wiederherstellungsplan erhält eine zentrale Rolle als strategischer Politikplan. Die konkrete Ausgestaltung sowie daraus resultierende Anforderungen an Kommunen befinden sich derzeit in Klärung.

Daher führt das Difu ein Projekt zur Umsetzung der Verordnung durch. Ziel ist die systematische Erfassung der Ausgangslagen, Sichtweisen und Einschätzungen in unterschiedlichen kommunalen Kontexten. Damit soll eine fundierte Grundlage für die fachliche und praxisbezogene Auseinandersetzung geschaffen werden. Untersucht wird, wie die Verordnung auf kommunaler Ebene wahrgenommen wird, welche Themen und Argumentationslinien die Diskussion prägen und wo konkreter Handlungsbedarf gesehen wird. Berücksichtigt werden dabei bestehende Zielkonflikte – etwa zwischen Grünflächenschutz, Innenentwicklung und Wohnungsbau – sowie mögliche Synergien mit etablierten Strategien der Stadtentwicklung und der Klimaanpassung.

Methodisch kombiniert das Projekt Dokumentenanalysen, Fallstudien und leitfadengestützte Interviews in mehreren Kommunen. Die Ergebnisse werden in einem digitalen Reflexionsformat gemeinsam mit kommunalen Akteuren diskutiert, verdichtet und analytisch eingeordnet. Darauf aufbauend werden Schlussfolgerungen erarbeitet, die in einen thematischen Orientierungsrahmen für Kommunen eingehen.

Trockenheit und Wasserknappheit



www.difu.de/19503



Dipl.-Geogr. Luise Willen
+49 221 340308-19
willen@difu.de

Trockenheit und Wasserknappheit

Wie können Städte und Gemeinden ihre Wassernutzung an veränderte klimatische Bedingungen anpassen?



Foto: stgrafix, stock.adobe.com

Der Klimawandel verändert Verfügbarkeit und Qualität von Wasser. Trockenperioden, Wasserknappheit und Hitze belasten die Kommunen. Steigender Bedarf trifft auf sinkende Verfügbarkeit. Konzepte wasserbewusster Stadtentwicklung scheitern häufig an Finanzmitteln, Rechtsvorgaben, Zielkonflikten und unklaren Zuständigkeiten. Auf kommunaler Ebene fehlen oft klare Leitlinien, Daten, Strategien und Handlungsmöglichkeiten. Kommunen suchen nach langfristiger, integrierter Planung zur Risikominderung, nach Priorisierung der Wassernutzung und klimaresilienter Stadtentwicklung.

Ziel des Vorhabens ist der bundesweite Wissenstransfer und die Vernetzung von Kommunen zur klimaresilienten Bewältigung von Trockenheit und Wasserknappheit. Das Forschungsteam entwickelt mit Städten praxistaugliche Strategien und Maßnahmen. In zwei stark betroffenen Regionen ermitteln sie in Dialogprozessen bestehende Bedarfe und entwickeln übertragbare Lösungsideen. Teilnehmende Kommunen erhalten Zugang zu Werkzeugen, Fachwissen, Lösungsbeispielen und Erfahrungen aus anderen Städten. Der Dialog schafft Lern- und Lösungsräume und erarbeitet gemeinsame Maßnahmen mit inter- und transdisziplinärem Zugang. Die Ergebnisse fließen in einen Praxisleitfaden als kompakte Arbeitshilfe mit zentralen Informationen, Beispielen und Empfehlungen ein. Planungsbüros profitieren ebenfalls von der Anleitung. Damit trägt das von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) geförderte Vorhaben zur Sicherung der Wasserressourcen und klimaangepassten Stadtentwicklung bei.

Sechs Kommunen in zwei Regionen können sich am Projekt beteiligen.

Stellplatz- Satzungen neu

Das Difu prüft, wie Stellplatzsatzungen flexibler werden und nachhaltige Mobilität besser steuern können.

Stellplatz-Satzungen neu



www.difu.de/19441



Dipl.-Geogr.
Martina Hertel
+49 30 39001-105
hertel@difu.de

Dr. Friederike Pfeifer
+49 30 39001-145
pfeifer@difu.de



Foto: Francesco, stock.adobe.com

Stellplatzsatzungen sind ein zentrales, zugleich wenig beachtetes Instrument der kommunalen Verkehrs- und Stadtplanung. Sie legen fest, wie viele Pkw- und Fahrradstellplätze bei Neubauten zu errichten sind und prägen damit Verkehrsmittelwahl, Flächenverbrauch und Baukosten. Viele der geltenden Stellplatzbaupflichten stammen noch aus der Zeit, in der motorisierter Individualverkehr und die autogerechte Stadt als Leitbilder galten. Bis heute sind sie häufig in den Landesbauordnungen verankert und führen vielerorts zu einem Überangebot an Parkraum. Zudem zeigt sich, dass die vollständige Abschaffung solcher Regelungen – wie in Berlin, Hamburg oder aktuell im Flächenland Niedersachsen – Kommunen wichtige Steuerungsinstrumente entziehen kann.

Das Difu prüft, wie diese Vorgaben weiterentwickelt werden können. Im Fokus stehen flexiblere, integrierte Regelungen, die an örtliche Bedingungen, ÖPNV-Qualität und Mobilitätskonzepte angepasst sind und den Übergang zu Mobilitätsatzungen vorbereiten. So sollen steigende Baukosten begrenzt und zugleich Klimaziele sowie der notwendige Wandel zu nachhaltigen Mobilitätsstrukturen unterstützt werden.

In das Forschungsprojekt fließen Erfahrungen aus früheren Arbeiten zum Parkraummanagement, Vorträge und weitere Vorarbeiten ein. Hinzu kommen eine umfassende Literaturanalyse, Expert:innen-Interviews sowie Fokusgruppengespräche.

Als Ergebnis sollen Leitlinien für eine Weiterentwicklung kommunaler Stellplatzsatzungen als ein Baustein für eine nachhaltige Steuerung der Mobilität in den Kommunen entwickelt und veröffentlicht werden.

Radinfrastruktur & Rettungswesen



www.difu.de/19466



Dr. Michaela Christ
+49 30 39001-106
christ@difu.de

Radinfrastruktur & Rettungswesen

Im Projekt RESCUE wird das Zusammenspiel beider Ebenen untersucht, u. a. um Planungsprozesse effizient zu gestalten.



Foto: eyetronic, stock.adobe.com

Mit der Neuaufteilung des Straßenraums zugunsten aktiver Mobilität verändern sich die Bedingungen für Einsatzfahrten von Feuerwehr und Polizei. Wie der Straßenraum gestaltet sein muss, damit er den Anforderungen der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) genügt und der Förderung des Rad- und Fußverkehrs zuträglich ist, wird im Forschungsprojekt RESCUE vom Difu in Kooperation mit dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) und der Branddirektion Frankfurt am Main analysiert.

Die Wechselwirkungen zwischen Rettungswesen und Radverkehrsplanung wurden bisher nicht systematisch untersucht, und konzeptionelle Möglichkeiten der Planung sind bislang nur unzureichend ausgeschöpft worden. Daher wird ein integriertes datengestütztes Planungskonzept benötigt, das die Perspektive der Feuerwehr frühzeitig einbindet. Ziel des vom Bundesministerium für Verkehr (BMV) geförderten Projekts ist eine systematische und evidenzbasierte Aufarbeitung des Zusammenspiels von Radinfrastruktur und Rettungswesen. Dabei werden Planungsprozesse sowie konkrete Planungslösungen analysiert. Im Projekt werden u. a. Interviews geführt, und eine quantitative Erhebung soll Auskunft über Faktoren geben, die die Einhaltung der Hilfsfristen beeinflussen. Zudem wird auf der Basis realer Einsatzdaten ausgewertet, wie sich Veränderungen im Straßenraum auf Rettungswege und -zeiten auswirken. Die Projektergebnisse sollen zur Versachlichung der Diskussion, zur Effizienzsteigerung in Planungsprozessen sowie zur Entschärfung von Planungskonflikten beitragen. Sie schaffen eine wissenschaftlich fundierte und praxisnahe Unterstützung für Kommunen, Planende, Rettungsdienste sowie die Öffentlichkeit.

Was bringt KI für Kommunen?

Das Difu untersucht die Folgen von KI auf kommunale Prozesse und entwickelt Empfehlungen für die Praxis.



Foto: Olivier-Tuffé, stock.adobe.com

Was bringt KI für Kommunen?



www.difu.de/19468



Lisa Dreier, M. Sc.
+49 30 39001-222
ldreier@difu.de

Künstliche Intelligenz (KI) ist eine der zentralen Zukunftstechnologien. In Wirtschaft, Wissenschaft und Politik gilt KI als universelles Werkzeug zur Effizienzsteigerung, Entscheidungsoptimierung und evidenzbasierten Problemlösung. Dieser Diskurs betrifft auch die kommunale Ebene: Von Chatbots in der Bürgerkommunikation über Echtzeit-Monitoring städtischer Infrastrukturen bis zu automatisierten Bauanträgen gibt es immer mehr Anwendungen und Tools. Die Bedeutung von KI für die kommunale Praxis wächst und Einsatzmöglichkeiten bieten alle Bereiche der Stadtentwicklung.

Vor dem Hintergrund von Fachkräftemangel, Ressourcenknappheit und den Erwartungen an eine servicefreundliche Stadt wäre es für Kommunen fahrlässig, KI-Potenzial nicht zu nutzen. Aber es bestehen große Unsicherheiten mit Blick auf technologische Möglichkeiten, rechtliche Rahmenbedingungen, Datenschutzanforderungen und tatsächliche Wirkungen. Kommunen sollen innovativ und digital agieren, gleichzeitig rechtssicher, sparsam und gemeinwohlorientiert handeln - und dies oft ohne tiefgehendes KI-Fachwissen in einem sehr dynamischen und stark privatwirtschaftlich geprägtem Markt. Erhöht KI tatsächlich Effizienz, Qualität und Transparenz - oder verstärkt sie Abhängigkeiten, Ungleichheiten und Steuerungsprobleme?

Im Difu-Eigenprojekt werden die tatsächlichen Wirkungen untersucht. Im Fokus steht nicht die technische Machbarkeit, sondern empirisch überprüfbare KI-Implicationen. Aufbauend auf einer Befragung sowie Interviews werden ein Indikatorenset zur Einordnung der KI-Wirkungen in ausgewählten Handlungsfeldern sowie Handlungsempfehlungen für die kommunale Praxis entwickelt.

Klimaschutz im Siedlungsbereich

Das Difu-Forschungsteam analysiert drei Förderprogramme für Grün, Biodiversität, Entsiegelung und Begrünung.

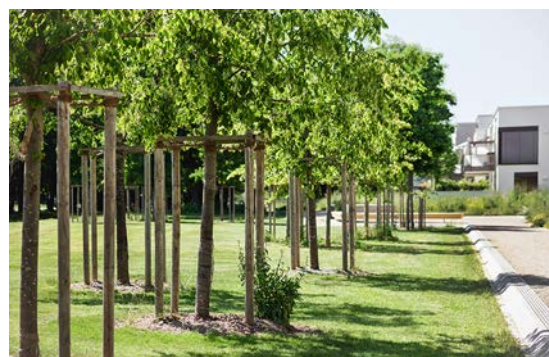


Foto: Maryana, stock.adobe.com

Im Rahmen des Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz (ANK) des Bundes werden Maßnahmen von Kommunen und Unternehmen gefördert, die den allgemeinen Zustand der Ökosysteme in Deutschland verbessern sowie Resilienz und Klimaschutzleistung stärken. Im Fokus stehen drei Förderprogramme, die von der Förderbank KfW bzw. den Projektträger Zukunft - Umwelt - Gesellschaft (ZUG) gGmbH betreut werden. Gefördert werden u. a. die Umstellung auf naturnahes Grünflächenmanagement, die Pflanzung von Gehölzen, die Anlage von Wegrainen und Säumen, die Schaffung von Naturoasen, die Renaturierung und Vernetzung extensiv genutzter Flächen, Entsiegelung und Wiederherstellung natürlicher Bodenfunktionen, die Begrünung von Gebäuden oder ein dezentrales Niederschlagsmanagement.

Zur Untersuchung der drei Fördermaßnahmen im Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz hat das Bundesamt für Naturschutz (BfN) das Bürogruppe F - Freiraum für alle GmbH gemeinsam mit dem Difu mit der wissenschaftlichen Begleitforschung beauftragt. Die Erkenntnisse und empirischen Daten der Begleitforschung fließen in die allgemeine externe Evaluation des ANK ein und sollen die Weiterentwicklung der Förderprogramme unterstützen.

Dazu untersucht das Projektteam die Umsetzung von Fördermaßnahmen und -erfolgen hinsichtlich der Förderziele. Weiterhin werden Kommunen und Unternehmen zu den Hemmnissen, Erfolgsfaktoren sowie zu den Erfahrungen bei der Beantragung und Umsetzung von Maßnahmen befragt. Eine Analyse von Referenzprojekten soll herausragende Einzelmaßnahmen identifizieren.

Klimaschutz im Siedlungsbereich



www.difu.de/19624



Dipl.-Ing. agr.
Thomas Preuß
+49 30 39001-265
preuss@difu.de





Foto: inanklitic, stock.adobe.com

Aus der Forschung in die Praxis

Difu-Fortbildungen verknüpfen das Wissen aus praxisorientierten Forschungsprojekten mit intensivem Erfahrungsaustausch. Damit bieten die Difu-Veranstaltungen eine hervorragende Mischung aus aktuellem fachlichen Input aus der Wissenschaft sowie aus Erfahrungen und Einblicken in die kommunale Praxis.

Das Difu bietet jährlich eine Vielzahl von Veranstaltungen zu kommunal relevanten Themen an, mit denen sich Kommunen auseinandersetzen. Ein Blick auf die Difu-Website lohnt sich: Hier sind stets alle aktuellen Veranstaltungsangebote zu finden – von Difu-Seminaren in Präsenz oder online bis hin zu Veranstaltungen, die im Rahmen von Forschungs- und Wissenstransferprojekten angeboten werden. Der E-Mail-Newsletter des Difu „Difu-News“ und die Difu-Social-Media-Kanäle auf LinkedIn, Facebook und Bluesky informieren regelmäßig über Veranstaltungen, neue Projekte, Publikationen und Forschungsergebnisse. Auch über die Möglichkeit zur Beteiligung an Forschungsprojekten wird informiert.

Difu-Zuwender genießen besondere Vorteile, u. a.:

- alle Difu-WebSeminare sind für sie kostenfrei
- Sondertarife bei Difu-Präsenzseminaren
- exklusiv vom Difu moderierte Inhouse-Formate wie die „Difu-Impulsvorträge“

Darüber hinaus sind viele Veranstaltungen, die im Rahmen geförderter Projekte stattfinden, sehr kostengünstig oder kostenfrei zugänglich.

Wir freuen uns auf den Austausch!

Dipl.-Geogr. Ulrike Wolf
Leiterin Wissensmanagement und Fortbildung
+493939001-297
wolf@difu.de

Klimainformationssysteme im Einsatz

Difu-Seminar
3. Juli 2026, online
➔ www.difu.de/19353

Systemische Lösungen in der Kinder- und Jugendhilfe

Dialogforum Kinder- und Jugendhilfe
6.–7. Juli 2026, online
➔ www.difu.de/19651

Diskurs am Dienstag: Radverkehrsdaten und -planung in Barcelona

Fortbildungen zum Radverkehr
7. Juli 2026, online
➔ www.difu.de/19690

Werkzeuge für die treibhausgasneutrale Kommune - Aktivierung von Hauseigentümerinnen und -eigentümern

Klimaschutz und Klimaanpassung
14. Juli 2026, online
➔ www.difu.de/19577

Antragstellung leicht gemacht! Kommunalrichtlinie: Klimafreundliche Mobilität

Klimaschutz und Klimaanpassung
27. Juli 2026, online
➔ www.difu.de/19672

Diskurs am Dienstag: Lückenschlüsse und Leichtbau

Fortbildungen zum Radverkehr
11. August 2026, online
➔ www.difu.de/19691

Die Kommunalrichtlinie im Überblick

Klimaschutz und Klimaanpassung
31. August 2026, online
➔ www.difu.de/19664

Die StVO in der Praxis: Straßenraum rechtssicher umverteilen

10. September 2026, Hannover
➔ www.difu.de/19633

Quartiersgaragen: Bausteine nachhaltiger Stadtentwicklung

Difu-Seminar
14.–15. September 2026, Berlin
➔ www.difu.de/19557

28. Deutscher Fachkongress für kommunales Energiemanagement

22.–23. September 2026, Nürnberg
➔ www.difu.de/19589

Entsiegeln als Beitrag zur Klimaanpassung – ein Blick über den Tellerrand

Difu-Seminar
29. September 2026, online
➔ www.difu.de/19574

Kommunalrichtlinie: Klimafreundliche Trinkwasserversorgung

Klimaschutz und Klimaanpassung
20. Juli 2026, online
➔ www.difu.de/19671

Die StVO in der Praxis: Straßenraum rechtssicher umverteilen

1. Oktober 2026, Potsdam
➔ www.difu.de/19632

Kommunaler Klimaschutz zwischen Gegenwind und Aufwind

Difu-Seminar
1.–2. Oktober 2026, Berlin
➔ www.difu.de/19636

Sicherheit mit System(en)?

Difu-Seminar
5.–6. Oktober 2026, Berlin
➔ www.difu.de/19556

Die StVO in der Praxis: Straßenraum rechtssicher umverteilen

8. Oktober 2026, Neumünster
➔ www.difu.de/19614

Kommunale Integrationspolitik gestalten

Difu-Seminar
12.–13. Oktober, Berlin
➔ www.difu.de/19559

Kommunalrichtlinie: Kommunale Netzwerke

Klimaschutz und Klimaanpassung
15. Oktober, online
➔ www.difu.de/19676

Regionale Hitzeaktionsplanung

15. Oktober, online
➔ www.difu.de/19433

Alle Veranstaltungen mit Einzelprogrammen und Anmeldetool

➔ www.difu.de/veranstaltungen

Weitere Veranstaltungsangebote

➔ www.jugendhilfe-inklusive.de

➔ www.klimaschutz.de/de/agentur

➔ www.zentrum-klimaanpassung.de/termine

➔ www.mobilitaetsforum.bund.de

Quartiersstraßen entsiegeln, begrünen und beleben

Welche komplexen Anforderungen ergeben sich beim klimaangepassten Straßenumbau? Im zweitägigen Difu-Seminar fand ein Austausch über Herausforderungen, Erfahrungen und Strategien statt.

Angesichts des fortschreitenden Klimawandels und den zunehmenden Herausforderungen für städtisches Gebiet muss auch der Straßenraum neue Funktionen im Quartier übernehmen und zur Klimaanpassung im knapp bemessenen öffentlichen Raum beitragen. Da Verkehrswege häufig von Nutzungskonflikten betroffen sind, werden für Umbaumaßnahmen Strategien der wassersensiblen Stadtentwicklung und der integrierten Planung benötigt. Ebenso muss die Machbarkeit berücksichtigt werden. Wie erfolgreiche Instrumente für die urbane Transformation aussehen können, diskutierten Fachleute im Difu-Seminar am 16. und 17. März in Berlin.



Foto: René Notenbomer, stock.adobe.com

fließenden Verkehr und bei Parkflächen geboten. Im Rahmen der Exkursion zur klimaangepassten Bellermannstraße im Berliner Bezirk Mitte sind solche veränderten Anforderungen sichtbar geworden: Kleinteilige Maßnahmen wie „Grüne Gullys“, Entsiegelung von Stellflächen, Schaffen grüner Aufenthaltsbereiche und Ausweitung wohnungsnaher Grün- und Freiflächen können eine große Wirkung für die Klimaresilienz entfalten.

Einen wichtigen Anstoß zur Diskussion lieferten Beispiele aus der kommunalen Praxis. So ermöglichen Berliner Kiezblocks eine breite Partizipation – Anwohnende werden aktiviert und niedrigschwellige Maßnahmen mit breiter Akzeptanz umgesetzt. Um Klimastraßen in der Fläche zu implementieren, setzt die Stadt Hamburg bei der Entwicklung von Klimastraßen-Typen im „Grünen Netz“ an und nutzt Zukunftsbilder und formalisierte Verwaltungsprozesse. Blau-grüne Transformationen in Lübeck veranschaulichten Belange des Denkmalschutzes sowie unterschiedliche Anforderungen eines Gewerbegebiets und einer 60er-Jahre-Bestandssiedlung. Großangelegte, strategische Innenstadtbegrünung in Augsburg verdeutlichte die Erfordernisse von Straßenbäumen und grünen Elementen im urbanen Raum: Ein besonderes Augenmerk muss auf Standorte und Pflege- und Gießmanagement gerichtet werden, um urbanes Grün auch unter den erschwerten Bedingungen in der Stadt als Extremstandort im Klimawandel zu sichern.

Im Seminar wurde thematisiert, wie Kommunen durch neu entwickelte blau-grüne Straßenraum-Elemente multifunktionale Straßenräume schaffen, in die Schwammstadtprinzipien und Hitzeschutz implementiert werden. Neben dem Platzanspruch blau-grüner Anpassungsmaßnahmen sind kreative freiraumplanerische Lösungen und das Ausschöpfen technischer und rechtlicher Rahmenbedingungen gefragt, um den komplexen Nutzungsansprüchen gerecht zu werden. Hierbei müssen sowohl oberirdische Aspekte, besonders die Aufteilung der Verkehrsflächen, als auch unterirdische Leitungen und Sparten mitgedacht werden.

Bei der Neuaufteilung des Straßenraums entstehen zudem Synergien mit der Mobilitätswende: Die tatsächlichen Ansprüche des PKW an die Verkehrsflächen werden geringer, während gleichzeitig Rad- und Fußverkehr zunimmt und die Nutzung des ÖPNV steigt. Aufbauend darauf ist eine Neu-Priorisierung der aktiven Mobilität im

Das Seminar und seine lebhaften Diskussionen verdeutlichten, dass Klimastraßen und Flächenpotenziale für urbane Klimaräume im Interesse vieler Kommunen liegen. Auch wenn mittlerweile durch praxisorientierte Forschung eine Vielzahl an blau-grünen Elementen für den Straßenumbau entwickelt wurde, scheitert die Umsetzung oft an der Komplexität dieser Aufgaben. Von den interdisziplinären Teams aus Stadtplanung, Wasserwirtschaft, Verkehrs- und Landschaftsplanung und Klimaanpassung wird viel Kreativität und Durchhaltevermögen bei den Aushandlungsprozessen für neue Lösungen erwartet. Notwendig ist darüber hinaus eine größere Bereitschaft, um bestehende Straßenflächen neu zu verteilen und damit öffentliche Freiräume für klimawirksame blau-grüne Infrastrukturen zu schaffen.



www.difu.de/19592



Dipl.-Geogr. Luise Willen
+49 221 340308-19
willen@difu.de

Moritz Frese, M. SC.
+49 30 39001-336
frese@difu.de

Faire Stadt – neue Perspektiven für eine geschlechtergerechte Planung

Wie planen wir Städte so, dass sich wirklich alle Menschen dort wohlfühlen können? Dieser Frage gingen Teilnehmende aus Planung, Verwaltung und Gleichstellungsbereich in einem Difu-Seminar nach.

Geschlechtergerechte Planung verfolgt das Ziel, Städte lebenswert zu gestalten und dabei vielfältige Lebensrealitäten und Bedürfnisse einzubeziehen. Das Web-Seminar im April 2026 bot die Gelegenheit, Stadtentwicklung aus dieser erweiterten Perspektive kennenzulernen und zu diskutieren. Anlass war der aktuelle Impuls für eine Stärkung der geschlechtergerechten Planung durch die Leitlinien für eine faire, inklusive und sorgende Stadt des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) – ein politisches Signal, das bei den rund 60 Teilnehmenden auf großes Interesse stieß.

Eine wissenschaftliche Einordnung legte einen faktenbasierten Grundstein für die Bandbreite des Themas und für die Notwendigkeit geschlechtergerechter Planung. Geschlecht ist nur eine von vielen Dimensionen sozialer Ungleichheit und wirkt sich auf die Nutzung öffentlicher Räume, auf Mobilitätsbedürfnisse, auf Wohnanforderungen und auf die alltägliche Vereinbarkeit von Care-Arbeit und Teilhabe aus. Sichtbar zu machen, wessen Perspektiven im gebauten Raum und in Planungen bisher fehlen, ist der erste Schritt. Der zweite ist, ein politischer Rahmen, der diese Sichtbarkeit zur strukturellen Aufgabe macht – genau das leisten die neuen BMWSB-Leitlinien, deren Entstehung und Umsetzungslogik anschließend vorgestellt wurden.

Was folgte, waren drei Praxisimpulse, die unterschiedliche Dimensionen gendergerechter Planung eindrucksvoll verdeutlichten: Ein Berliner Stadtplatz, der durch konsequent nutzungsorientierte und partizipative Planung zum öffentlichen „Wohnzimmer“ wurde. Ein kommunaler Aktionsplan, der Gleichstellungsziele konkret in Mobilität und Stadtplanung übersetzt. Und ein Planungshandbuch, das u. a. Care-Arbeit als raumwirksame Alltagsrealität begreift und anwendbare Werkzeuge bietet. Insgesamt ließ sich festhalten, dass gute Gestaltung oft subtil, praktisch und bedürfnisorientiert ist – keine Bühne der Selbstverwirklichung von Planenden, sondern eine Dienstleistung für mehr Lebensqualität im öffentlichen Raum. Die Herausforderung liegt darin, dass es keine universelle Lösung gibt. Maßnahmen müssen kontextsensibel entwickelt, mutig erprobt und ehrlich evaluiert werden.

Zahlreiche Teilnehmenden berichteten von ihrem persönlichen Engagement, das immer wieder an strukturelle Grenzen stößt. Gendergerechte Planung brauche politischen Rückenwind, denn wenn Gleichstellung nicht systematisch verankert werde, bleibe sie das Projekt Einzelner. Mehrfach wurde die Frage aufgeworfen, wie Belange der Gendergerechtigkeit verbindlicher in Planungsprozesse einfließen können – etwa indem sie bereits in Wettbewerbsauslobungen verankert werden und damit von Beginn an Teil des Entwurfsdenkens sind.



Foto: Oleg, stock.adobe.com

Wie ein roter Faden zog sich ein weiteres Thema durch den Tag: das Verständnis von öffentlichem Raum als Prozess statt als Produkt. Einigkeit bestand darüber, dass gute Planung lange vor dem ersten Entwurf beginnt – mit der Frage, für wen ein Ort eigentlich gedacht ist – und nicht mit der Fertigstellung eines Projekts endet. Die Begleitung nach der Übergabe an die Öffentlichkeit sei so essenziell wie der Entwurf selbst. Nur so ließen sich Anpassungen vornehmen, und es entstehe das, was Teilnehmende als besonders wirkungsvoll beschrieben: Räume, die allen Nutzergruppen etwas geben, in denen tragfähige Kompromisse existieren und sich niemand übersehen fühlt.

Zum Abschluss wurde hervorgehoben, dass gendergerechte Planung nicht zuletzt eine Haltungsforderung ist. Diese Haltung wächst – in der Praxis, in der Verwaltung, in der Ausbildung. Das Seminar zeigte eindrucksvoll, dass viel Wissen da ist und der politische Rahmen Gestalt annimmt. Was jetzt gebraucht wird, ist der Mut, beides konsequent zusammenzubringen.



www.difu.de/19655



Dr. rer. pol.
Stephanie Bock
+49 30 39001-189
bock@difu.de

Laura Schöngart, M. A.
+49 30 39001-239
schoengart@difu.de

Strategien zum Umgang mit Desinformation und Hetze

Wie können Kommunen mit demokratiefeindlichen Strömungen und einer zunehmend polarisierten Öffentlichkeit umgehen? Dies diskutierten Teilnehmende bei einem zweitägigen Difu-Seminar in Berlin.

Wachsende populistische Bewegungen und ihre Kommunikationsformen entziehen dem Austausch von Argumenten zunehmend die gemeinsame Grundlage und erschweren die Arbeit von Verwaltung und Politik. Auch Hass und Hetze gegen kommunale Amts- und Mandatsträger:innen haben in Deutschland in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Diese Entwicklung war Anlass und Thema des Difu-Seminars „Populismus wirksam begegnen – Kommunale Strategien zum Umgang mit Desinformation, Hass und Hetze“ im April 2026. Im Seminar wurden aufbauend auf aktuellen Studien, Forschungsergebnissen und konkreten Erfahrungen einige Gegenstrategien vorgestellt und reflektiert.



Foto: mehmetkr, stock.adobe.com

der Heinrich-Böll-Stiftung wurde zudem unterstrichen, dass und wie Kommunen diesen Entwicklungen mit klarer Haltung, strategischen Allianzen und der Stärkung der demokratischen Mitte begegnen können.

Verschiedene Praxisbeispiele aus der Extremismusprävention und Betroffenenberatung reichten das Seminar mit sehr praktischen Ansätzen und Angeboten an: Die hessischen DEXT-Fachstellen, vorgestellt am Beispiel Wiesbaden, verfolgen einen integrativen Ansatz in Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren wie Schulen und Vereinen. Initiativen zur Gemeinwesenarbeit wie Demos in Brandenburg bieten mobile Beratung und Konfliktunterstützung an. Die „Starke Stelle“ berät als zentrale Anlaufstelle Betroffene von Gewalt, Übergriffen und Bedrohungen in der Kommunalpolitik.

Einen wichtigen Diskussionsschwerpunkt bildete die Bedeutung von Bürgerbeteiligung und die Herausforderungen, die sich hier im Kontext von Populismus und Polarisierung stellen. Eine direkte und offene Beteiligung wurde als zentraler Bestandteil demokratischer Prozesse verstanden. Die Teilnehmenden diskutierten, wie Beteiligungsformate inklusiv und widerstandsfähig gegenüber Manipulation gestaltet werden können – etwa durch transparente Moderation und klare Regeln.

Bürgermeister Karsten Eule-Prütz aus Herzberg (Elster) berichtete eindrucksvoll von den Herausforderungen demokratischer Politik in strukturschwachen Regionen. Er plädierte für Dialog und Sachlichkeit: Politik müsse den Menschen das Gefühl geben, dass sie „gesehen“ werden, und sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren.

Das Seminar verband wissenschaftliche Analyse mit praktischer Relevanz und zeigte: Populismus, Desinformation und Hass sind nicht nur Risiken für demokratische Gesellschaften, sondern auch Anstoß für eine stärkere, reflektierte kommunale Demokratie. Prävention, Beratung und neue Beteiligungsformen bieten konkrete Ansätze. Zugleich wurde deutlich, dass Kommunen diese Herausforderungen nicht allein bewältigen können, aber durch Vernetzung, Mut und Bürgernähe entscheidend zur Stärkung der Demokratie beitragen.

Als „gefräßiges Chamäleon“, das sich flexibel Themen aneignet und dort besonders greift, wo demokratische Defizite und politische Ohnmachtsgefühle in Teilen der Bevölkerung zu Vertrauensverlusten führen – so beschrieb Prof. Dr. Edgar Grande (WZB) Populismus im ersten Vortrag. Beim Wiederaufbau dieses Vertrauens kommt den Kommunen eine zentrale Bedeutung zu. Wie rechtspopulistische Akteure durch emotionale Rhetorik, Anti-Eliten-Narrative und Ablehnung von Sachdiskursen kommunale Debatten zur Stadtentwicklung und -gestaltung prägen, wurde von Dr. Johann Braun (Goethe-Universität Frankfurt) anhand von Fallbeispielen vorgestellt. In Beiträgen der Konrad-Adenauer-Stiftung und



www.difu.de/19699

Starke Stelle:

www.t1p.de/tib7c



Dr. rer. pol.
Stephanie Bock
+49 30 39001-189
bock@difu.de

Dipl.-Soz.
Jan Hendrik Trapp
+49 30 39001-210
trapp@difu.de

Lawrence Schätzle M. A.
+49 30 39001-221
schaetzle@difu.de

Nachhaltige Mobilitätspläne erfolgreich voranbringen

Städte mit mehr als 100 000 Einwohnenden müssen bis Ende 2027 einen Sustainable Urban Mobility Plan (SUMP) erstellen oder weiterentwickeln. In einem Difu-Seminar diskutierten Fachleute, wie sich die neuen TEN-V-Vorgaben in der Praxis umsetzen lassen.

Mit dem Inkrafttreten der überarbeiteten TEN-V-Verordnung zur transeuropäischen Verkehrspolitik stehen viele Städte und Regionen vor neuen Anforderungen, die Vertreter:innen aus Kommunen im Seminar diskutierten. In den Gesprächen zeigte sich, dass Viele ähnliche Fragen haben. Wie zum Beispiel: „Wie gelingt eine realistische und lokal wirksame Planung?“. Das Seminar verfolgte mit einem kompakten Überblick über Anforderungen, Strategien und praktischen Lösungswegen für die nachhaltige Mobilitätsplanung das Ziel, Unsicherheiten abzubauen und den Austausch zu fördern.

Am ersten Seminartag präsentierten Expert:innen Grundlagenwissen. Thomas Kiel d'Aragon vom Deutschen Städtetag erläuterte die Hintergründe der TEN-V-Reform und die Konsequenzen für kommunale Verkehrsentwicklungspläne. Ergänzend stellte Frau Attinger aus dem Bundesverkehrsministerium die Unterstützungsangebote des Bundes vor, wie etwa den Förderaufruf im Rahmen des Programms „nachhaltig. mobil. planen.“. Planersocietät-Geschäftsführer Dennis Jaquet schloss ab mit typischen Herausforderungen und guten Beispielen, wie Kommunen ihre SUMPs erfolgreich gestalten können.

Die Beiträge am Nachmittag zeigten, wie unterschiedlich Mobilitätspläne aussehen können. In einer angespannten Haushaltslage priorisierte Dresden Maßnahmen und setzte auf vielfältige Beteiligungsformate. In Ulm hingegen profitiert die Mobilitätsplanung von einem interdisziplinären Projektteam. Eine besondere Strategie verfolgte das Planungsteam in Zittau, wo Kinder bei Ortsbegehungen eingebunden werden. Die Region Heide setzt wiederum auf niedrigschwellige Angebote für den Umweltverbund, da der motorisierte Individualverkehr dort weiterhin dominiert. Mehrere Arbeitsgruppen bestätigten die große Bandbreite der Herausforderungen – und der Lösungswege.

Am zweiten Seminartag rückten Daten und Indikatoren in den Fokus. Dafür zeigte Jonas Krombach von der TU Dresden, dass große und mittelgroße Städte häufiger über Daten verfügen und Indikatoren nutzen als kleine Städte. Zugleich bestehen weiterhin deutliche Lücken beim

Fuß- und Wirtschaftsverkehr. Nils Steinhäuser von Goudappel eröffnete eine internationale Perspektive. Beispiele wie das Logistikdashboard Zwolle, Parkraumerhebungen aus Rotterdam und das niederländische SUMP-Dashboard brachten einige neue Impulse für die Seminargruppe sowie für die kommunalen Projekte vor Ort.

Anschließend diskutierten die Teilnehmenden die Datenverfügbarkeit in Deutschland – insbesondere im Hinblick auf Wirtschaftsverkehr, Parken und Erreichbarkeit.

Der letzte Seminarblock behandelte den Mehrwert von Mobilitätsplänen. Darin zeigte Jendrik Hertzberg aus Kamen, wie Beteiligung mit Unterstützung sozialer Medien gelingen kann: Dort lief ein Teil der Kommunikation über Instagram, um neue Zielgruppen zu erreichen. Dabei lautete eine zentrale Erkenntnis: Viele kleine Formate seien oft wirksamer als große Veranstaltungen. Aus Köln berichtete Frau Pauli von einem großen Beteiligungsprozess aus 500 Mitarbeitenden des Mobilitätsdezernates, einem Lenkungskreis, einem Mobilitätsbeirat und einem Runden Tisch Mobilität.



Foto: mikos63, stock.adobe.com

Zum Abschluss referierte Paula Kuss vom Verkehrsministerium Baden-Württemberg über Klimaschutz im SUMP – und die Relevanz von Verkehrsmodellierungen. Besonders wirksam seien Maßnahmen im ruhenden und fließenden Verkehr sowie die Elektrifizierung des ÖPNV.

Das Seminar machte deutlich, wie SUMPs Kommunen dabei unterstützen, nachhaltige Mobilität strategisch voranzubringen. Vorausgesetzt, sie werden praxisnah, datenbasiert und umsetzungsorientiert angelegt.



www.difu.de/19595



Dipl.-Geogr.
Martina Hertel
+49 30 39001-105
hertel@difu.de

Dipl.-Geogr.
Anne Klein-Hitpaß
+49 30 39001-260
klein-hitpass@difu.de

Hochhausentwicklung: Welche Rahmen können Kommunen setzen?

Hoch hinaus – oder doch besser am Boden der Tatsachen bleiben? In einem Difu-WebSeminar wurde diskutiert, wie nachhaltig und zukunftssicher Hochhäuser sein können.

Für eine effizientere Nutzung knapper Ressourcen und Flächen, zur Funktionsmischung von Wohnen, Arbeiten und Einkaufen unter einem Dach, oder als neues identitätsstiftendes Merkmal im Stadtbild: Hochhäuser können für Kommunen aus verschiedenen Gründen verlockend sein. Ob sie solche Versprechen tatsächlich nachhaltig und sozialverträglich einlösen können und welche Herausforderungen sich im Umgang mit Hochhäusern ergeben, war Thema eines Difu-WebSeminars im Februar.



Foto: ah_fotobox, stock.adobe.com

Als Hochhäuser gelten in Deutschland Gebäude mit Aufenthaltsräumen über 22 Metern Höhe. Befürworter sehen sie als Möglichkeit, bezahlbaren Wohnraum bei vergleichsweise geringem Flächenverbrauch zu schaffen. In der Praxis geht diese Rechnung jedoch oft nicht auf: So treiben kompliziertere Anforderungen an Gebäudetechnik, Statik und Rettungselemente die Ausgaben schnell in die Höhe, was etwa bei über 60 Metern Höhe gelegenen Wohnraum für Nebenkosten von 8-10€ pro Quadratmeter Nutzfläche sorgt und günstige Mieten unmöglich macht. Auch bedeutet die Geometrie von Hochhäusern einen markanten Verlust nutzbarer Fläche für Solaranlagen. Kombiniert mit dem hohen CO₂-Fußabdruck von Beton verschlechtert dies die Umweltbilanz von Hochhäusern teils massiv. Experimentelle Projekte wie der aus Holz und Stroh gefertigte Woodscrapper in Wolfsburg versuchen daher, den CO₂-Emissionen Einhalt zu gebieten. Als weitere Probleme gelten

Fallwinde und Verschattung der Umgebung oder städtebauliche Dissonanz und soziale Isolation.

Um trotz dieser Herausforderungen den Bau von Hochhäusern – so denn überhaupt gewünscht – in geregelte Bahnen zu lenken, haben verschiedene Städte Leitbilder entwickelt und teilweise, wie zuletzt in Berlin, den Bau wieder deutlich gedrosselt. Im Seminar wurde aus München berichtet, wie die dort im Jahr 2023 veröffentlichte Hochhausstudie Orientierung für die Praxis gibt. Nach dem Motto „Hochhäuser ja, aber nicht um jeden Preis“ sollen Hochpunkte in München nur an bestimmten Stellen und unter Berücksichtigung verschiedener Qualitätskriterien – etwa gesellschaftlichem Mehrwert und Nachhaltigkeitsaspekten – entstehen. In Frankfurt am Main, wo Hochhäuser wie nirgendwo sonst in Deutschland zur Skyline und Stadtidentität gehören, wird es ähnlich gehandhabt: Im 2024 fortgeschriebenen Hochhausentwicklungsplan werden Planungsprinzipien festgelegt und mögliche Entwicklungsbereiche in der Stadt ausgewiesen. Auch in kleineren Städten, in denen man Hochhausprojekte eher nicht erwarten würde, beschäftigt man sich mit der Aufstellung von rahmengebenden Konzepten. Teilnehmende aus Rostock berichteten von der örtlichen Besonderheit, dass in der Bevölkerung die Offenheit für weitere Hochpunkte aufgrund zahlreicher bereits bestehender vielgeschossiger Plattenbauten vergleichsweise hoch ist. Auch deshalb weist der im Jahr 2025 beschlossene Hochhauskompass Gebiete verschiedener Prägung (z.B. Einfallstraßen und Wassergrundstücke) aus, in denen neue Hochhäuser denkbar sind.

Neben neuen Hochhausprojekten wurden im Seminar auch Umnutzungskonzepte bestehender Bürogebäude diskutiert. Insgesamt zeigte sich, dass Hochhäuser ein sehr spezielles Produkt im Immobilienmarkt darstellen, das oft in einem Spannungsfeld von Investoreninteressen und stadtplanerischer sowie baukultureller Qualitätssicherung steht. Um bei der Entwicklung von Hochhäusern Verbindlichkeit anstatt Willkür walten zu lassen, ist für Kommunen die Ausarbeitung zumindest einer Haltung, besser noch eines konkreten Leitbilds, geboten – nur so können sie tatsächlich eine Rolle in der nachhaltigen Stadtentwicklung spielen.



www.difu.de/19531



Dipl.-Ing.
Wolf-Christian Strauss
+49 30 39001-296
strauss@difu.de

Dipl.-Ing.
Daniela Michalski
+49 30 39001-270
michalski@difu.de

Wenn Mobilitätsprojekte auf Widerstand stoßen

Ob Kiezblock oder die Neuverteilung von Parkraum – Mobilitätsprojekte verändern den Alltag vieler Menschen und werden demnach kontrovers diskutiert. Ein Difu-WebSeminar bot Gelegenheit zu diskutieren, wie Kommunen Beteiligung besser steuern können.

Debatten über Parkplätze, Zufahrten oder Verkehrsführungen können starke Emotionen auslösen. Stadtplanerische Veränderungen greifen in die Gewohnheiten der Menschen ein und verändern die Art, wie sie ihren Alltag erleben. Konflikte sollten jedoch nicht auf eine unzureichende Planung reduziert werden. Dass verschiedene Akteur:innen aktiv werden, ist vielmehr Teil gesellschaftlicher Veränderungsprozesse. Dass Beteiligung wesentlich zum Gelingen von Projekten beitragen kann zeigte ein Difu-WebSeminar im März.

Inhaltlich zog sich ein roter Faden durch nahezu alle Beiträge: Konflikte rund um Mobilitätsprojekte sind häufig keine reinen Verkehrskonflikte. Hinter Debatten über Parkplätze, Zufahrten oder Verkehrsführungen stehen oft Fragen nach Gewohnheiten, Kontrolle, Zugehörigkeit und Gerechtigkeit. Veränderungen im öffentlichen Raum werden unmittelbar im Alltag erlebt und entsprechend emotional bewertet. Widerstand ist daher nicht zwangsläufig Ausdruck grundsätzlicher Ablehnung, sondern häufig Teil eines gesellschaftlichen Veränderungsprozesses.

Deutlich wurde zudem, dass Beteiligung weit über formale Verfahren hinausgeht. Ein Beispiel des Bezirksamts Berlin-Mitte zeigte, dass viele Maßnahmen rechtlich keine umfassende Beteiligung erfordern. Dennoch setzt der Bezirk auf Information, Konsultation und transparente Kommunikation, um Entscheidungen nachvollziehbar zu machen und Hinweise frühzeitig aufzunehmen. Dies ist ein fester Bestandteil einer erfolgreichen Umsetzung – keine zusätzliche Aufgabe.

Wie anspruchsvoll solche Prozesse sein können, verdeutlichen Beispiele aus Hamburg und Köln. Im Projekt „freiRaum Ottensen“ wird seit mehreren Jahren an der Neuordnung des öffentlichen Raums gearbeitet. Planung, Politik und Beteiligung greifen dabei ineinander und verdeutlichen, dass Akzeptanz nicht durch einzelne Veranstaltungen entsteht, sondern durch kontinuierlichen Austausch und eine klare Zielsetzung. In Köln startete nach dem gerichtlich angeordneten Ende des Verkehrsversuchs auf der Deutzer Freiheit der „Dialog Deutzer Freiheit“ als neuer Beteiligungsprozess. Auch juristische Auseinandersetzungen

bedeuten demnach nicht zwangsläufig das Ende eines Projekts.

Einen weiteren Blickwinkel eröffnete die Forschung zum Parkraummanagement in Wohnquartieren. In Diskussionen über Stellplätze fehlt häufig eine belastbare Wissensgrundlage zu Angebot und Nachfrage. Verlässliche Daten können dazu beitragen, emotional geführte Debatten zu versachlichen und Entscheidungen auf eine nachvollziehbare Grundlage zu stellen.

Mehrfach wurde die Frage aufgeworfen, wen Beteiligung überhaupt erreicht. Klassische Formate sprechen vor allem Menschen an, die bereits engagiert sind. Für tragfähige Entscheidungen ist es jedoch wichtig, auch diejenigen einzubeziehen, die sich sonst nicht zu Wort melden. Erfolgreiche



Foto: Victoria Reichow, Difu

Beteiligung orientiert sich deshalb nicht an den lautesten Stimmen, sondern berücksichtigt die unterschiedlichen betroffenen Gruppen.

Das WebSeminar verdeutlichte, dass Widerstand nicht einfach überwunden werden muss. Vielmehr kommt es darauf an, die dahinter liegenden Interessen

und Sorgen zu verstehen und in die Planung einzubeziehen. Transparente Kommunikation, nachvollziehbare Verfahren und ein kontinuierlicher Dialog können dazu beitragen, Konflikte konstruktiv zu bearbeiten und Mobilitätsprojekte langfristig tragfähig zu gestalten.



www.difu.de/19573



Victoria Reichow, M. Sc.
+49 30 39001-257
reichow@difu.de



Maja-Felicia Kristan

ist seit März 2026 neue Projektassistentin in der Agentur für kommunalen Klimaschutz am Difu-Standort Berlin. Dort unterstützt sie das Projektteam hauptsächlich bei der Organisation und Durchführung von Veranstaltungen. Maja-Felicia Kristan schloss zuvor eine kaufmännische Ausbildung zur Kauffrau für Büromanagement am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung ab. Erste Erfahrungen in der Veranstaltungsorganisation und im Büromanagement sammelte sie zudem bereits beim Erfurter Herbstlese e.V. sowie am Sprachenzentrum der Universität Erfurt.

Luisa Müller

verließ das Difu im Januar 2026 nach sechs Jahren im Zuge ihres Wechsels nach Kopenhagen. Ihr Weg am Institut begann mit einem Volontariat der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für wissenschaftliche Einrichtungen. Dabei war sie in alle Aufgabenbereiche bis hin zum Customer-Relationship-Management eingebunden und konnte Erfahrungen aus einer kommunalen Pressestelle, einem Verlag sowie der Journalistenschule direkt einbringen. Anschließend arbeitete sie als Referentin im Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz und verantwortete zuletzt als wissenschaftliche Mitarbeiterin für Öffentlichkeitsarbeit die Kommunikation in der Agentur für kommunalen Klimaschutz am Difu. Zu ihren Aufgaben gehörten hier die Planung, Koordination und Umsetzung von Kommunikationsmaßnahmen in Online- und Offline-Medien. Sie begleitete Publikationen, Veranstaltungen und Informationsangebote sowie die Einführung eines neuen Corporate Designs und unterstützte die Weiterentwicklung der Kommunikationsprozesse.

Stephanie Müller

ist seit März 2026 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Team der Agentur für kommunalen Klimaschutz am Difu-Standort Berlin. Als ehemalige Klimaschutzmanagerin im Landkreis Havelland bringt sie bereits praktische Erfahrungen im kommunalen Klimaschutz mit. Umfassende Kenntnisse in der Netzwerkarbeit, der Durchführung von Veranstaltungen und aus dem Wissenstransfer bringt Stephanie Müller aus ihrer Zeit als Referentin für ländliche Strukturentwicklung bei der Deutschen Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) mit. Zuletzt war sie beim Bündnis Bürgerenergie e. V. tätig, wo sie unter anderem im Auftrag der Bürgerenergiegemeinschaften beriet und deren Vernetzung unterstützte. Stephanie Müller studierte Geoökologie an der Universität Potsdam (B. Sc.) sowie Regionalentwicklung und Naturschutz an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (M. Sc.).

Konstantin Purschke

arbeitet seit März 2026 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Standort Köln, wo er im Rahmen des am Difu angesiedelten „Zentrum Klima Anpassung“ (ZKA) Kommunen und soziale Einrichtungen bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels unterstützt. Bereits während seines Geographiestudiums (M. Sc.) an der Universität Bonn beschäftigte er sich intensiv mit der Klimawandel-Thematik und den Folgen für Mensch und Umwelt. Nach einem PR-Volontariat arbeitete er als Projektleiter und Berater in einer Agentur für Nachhaltigkeits- und Klimakommunikation. Dort entwickelte er Kommunikationsstrategien unter anderem für Kommunen sowie Landes- und Bundesministerien und setzte diese um.

Josephine Nehring

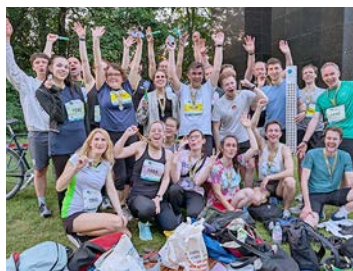
ist seit März 2026 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsbereich Mobilität am Difu-Standort Berlin tätig. Dort arbeitet sie im Team Nähmobilität u.a. zu letzte Meile-Lösungen wie Ladebereiche oder dem Rad im Wirtschaftsverkehr. Josephine Nehring studierte „Planung und Betrieb im Verkehrswesen“ (M. Sc.) an der Technischen Universität Berlin sowie „Wirtschaft und Politik“ (B. A.) an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin. Vor ihrer Tätigkeit am Difu war sie anderthalb Jahre wissenschaftliche Mitarbeiterin am Reiner Lemoine Institut. Während ihres Studiums sammelte sie Arbeitserfahrung sowohl in politischen und wissenschaftlichen Einrichtungen als auch in der Beratung.

Dr. Niklas Schmelmer

arbeitet seit Februar 2026 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsbereich Infrastruktur, Wirtschaft und Finanzen am Difu-Standort Berlin. Im Team Wirtschaft, Finanzen und Nachhaltigkeitsindikatorik wirkt er bei der Erstellung und Auswertung des KfW-Kommunalpanels mit. Darüber hinaus befasst er sich mit dem Themenfeld Fördermittelmanagement von Land und Kommunen sowie Finanzierungsfragen kommunaler Klimaschutzmaßnahmen. Sein Studium der Volkswirtschaftslehre absolvierte er an der Universität Hamburg (B. Sc.) sowie an der Universität Münster (M. Sc.). Dr. Niklas Schmelmer promovierte an der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg zum Themenfeld ausländische Direktinvestitionen und Umwelteffekte. In seiner Promotions- und Postdoc-Phase sammelte er zudem Erfahrungen durch Forschungsaufenthalte und Konferenzen, unter anderem an der Universität Göteborg und der Sophia-Universität in Tokio.

Abgebildete (v.l.n.r.)

Maja-Felicia Kristan, Luisa Müller, Stephanie Müller (Fotos: Vera Gutofski), Konstantin Purschke (Foto: Difu), Josephine Nehring, Dr. Niklas Schmelmer (Fotos: Vera Gutofski)



Difu-Jahresrückblick 2025 veröffentlicht

Einen Einblick in die Forschungsaktivitäten des Difu aus dem Jahr 2025 eröffnet der Jahresrückblick 2025 mit ausgewählten Beiträgen der vier Difu-Forschungsbereiche. Darüber hinaus informiert der Bericht unter anderem über die aktuelle Gremienzusammensetzung sowie Difu-Zuwanderstädte und -verbände.

➔ www.difu.de/19715

Difu gestaltet Berliner Stadtforum mit

Beim Stadtforum Berlin am 9. Juni stand die integrierte Entwicklung technischer, sozialer und ökologischer Infrastrukturen im Mittelpunkt. Difu-Direktor Prof. Dr. Jochen Monstadt eröffnete die Veranstaltung mit einer Keynote zur Infrastrukturwende. Ricarda Pätzold – Difu-Wissenschaftlerin und Leiterin des Forschungsbereichs Stadtentwicklung, Recht und Soziales – moderierte das Fachgespräch mit Vertreter:innen aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft zu Perspektiven einer gemeinwohlorientierten und klimaresilienten Stadtentwicklung.

➔ www.t1p.de/gru7w

Kommunale Rechenzentren im Wandel

Difu-Wissenschaftler Dr. Jens Libbe hat am 9. Juni bei der vierten Veranstaltung des Digital-Netzwerk (DigiNetzWerk) vom Verband kommunaler Unternehmen den Vortrag „Lokale Strategien zum Umgang mit Rechenzentren gefragt“ gehalten. Im Mittelpunkt standen der steigende Energiebedarf, strategische Fragen und die Verfügbarkeit von Energieinfrastruktur. An der Veranstaltung nahmen rund 70 Personen teil.

➔ www.w.t1p.de/t82yu

Wirtschaftsförderungskonferenz der Bezirke

Bei der ersten Berliner Wirtschaftsförderungskonferenz der Bezirke am 3. Juni hat Difu-Wissenschaftlerin Ricarda Pätzold eine Keynote zur Bedeutung von Städten und Bezirken bei der Gestaltung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderungen gehalten. Unter dem Motto „Gestalten. Vernetzen. Bewegen.“ wurde die wirtschaftliche Entwicklung Berlins diskutiert. Mehr als 200 Vertreter:innen aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Verbänden aus allen

zwölf Berliner Bezirken haben an der Konferenz teilgenommen.

➔ www.t1p.de/xbtkl

Läuft beim Difu: 5 x 5 km TEAM-Staffel 2026 absolviert

Auch 2026 setzten Difu-Mitarbeitende ein sportliches Zeichen bei der 5 x 5 km TEAM-Staffel der Berliner Wasserbetriebe, die in diesem Jahr ihr 25-jähriges Jubiläum feierte. Passend dazu gingen am 2. Juni 25 Difu-Kolleg:innen im Berliner Tiergarten an den Start und bewiesen großen Teamgeist, sportliche Motivation und Einsatz im Namen des Instituts. Die fünf Difu-Teams rangieren zwischen Platz 1179 und Platz 3964 – von mehr als 6000 Teams. Viel wichtiger als die Platzierung waren jedoch das gemeinsame und verbindende Erlebnis und der Spaß!

➔ <https://www.berliner-teamstaffel.de/>

Difu auf World Urban Forum in Baku

Am 21. Mai vertrat Wissenschaftler Oliver Peters das Difu auf dem World Urban Forum in Baku/Aserbaidschan. In einem der Panels des World Urban Forum ging es um die Frage, ob der Wohnungsbau von morgen im Einklang mit den SDGs steht. Im Fokus standen integrierte Lösungen für kommunale Wohnungspolitik, nachhaltige Stadtentwicklung und datenbasierte Steuerung. Gemeinsam mit Vertreter:innen des United Nations Human Settlements Programme, der Organisation for Economic Co-operation and Development, der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit sowie Städten verschiedener Länder wurde diskutiert, wie sich Wohnungsbauziele besser mit der Agenda 2030 verbinden lassen.

➔ www.t1p.de/bm533

Future Festival Berlin

Auf dem „Future Festival Berlin: Sustainable Spaces for all“ der Europäischen Akademie Berlin hat Difu-Wissenschaftler Oliver Peters am 30. April einen Workshop zu „Climate Justice & Urban Development: Which steps to take?“ durchgeführt. Die Konferenz ist Teil einer Veranstaltungsreihe des Projekts „ConnACT EU – Networks of Towns“, das einen internationalen Austausch über Ideen und Erfahrungen im Umgang mit der Klimakrise ermöglicht.

➔ www.t1p.de/wfcz

Fachtag zeigt Wege zur inklusiven Beteiligung

Am 28. April 2026 fand der Fachtag „Beteiligung leicht gemacht!“ statt, der Erfahrungen aus drei Jahren Projektarbeit bündelte. Difu-Wissenschaftlerin Dr. Bettina Reimann gab einen fachlichen Impuls zur Frage, wie Beteiligungsverfahren möglichst viele Menschen erreichen können. Eingeladen hatten die Landeszentrale für politische Bildung Berlin und die Bürgerstiftung Neukölln.

➔ www.t1p.de/uk1cd

Barcamp fördert kommunalen Klimaschutz

Das vom Difu ausgerichtete Barcamp Kommunalen Klimaschutz brachte am 22. April in Köln mehr als 50 Akteur:innen aus Kommunen, Wissenschaft und Praxis zusammen. Im Mittelpunkt stand der praxisnahe Austausch: In 16 von den Teilnehmenden selbst gestalteten Sessions wurden Themen von der Wärmewende bis zum Einsatz Künstlicher Intelligenz im kommunalen Klimaschutz diskutiert. Deutlich wurde die große Bedeutung interkommunaler Vernetzung für die erfolgreiche Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen.

➔ www.t1p.de/wvf8k

Smart City dauerhaft in Kommunen verankern

Wie lassen sich Smart-City-Projekte langfristig im kommunalen Alltag verankern? Mit dieser Frage befasste sich die 27. Regionalkonferenz der Modellprojekte Smart Cities am 16. April in Guben. Difu-Wissenschaftler Jan Abt gab einen fachlichen Impuls zu fünf zentralen Prinzipien erfolgreicher Verankerung von Smart-City-Maßnahmen aus den Erfahrungen mit den Modellprojekten Smart Cities in Deutschland und diskutierte diese mit Vertreter:innen aus Kommunen, Politik und Verwaltung.

➔ www.t1p.de/7n8u0


Fotos (v.l.n.r.) ©:

1.: Martina Hertel, 2.: Curioso.Photography, stock.adobe.com, 3.: Prostock-studio, stock.adobe.com, 4.: Difu, Athenea Diapouli-Hariman/The Moment Kept



Online-Infos für Difu-Zuwender und Öffentlichkeit

Im Difu-Inter- und Extranet sind viele aktuelle, kommunal relevante Informationen zu finden, u.a. Vortrags- und Seminardokumentationen, Seminarberichte und Online-Publikationen.

Einige der Materialien sind exklusiv für Difu-Zuwender, daher lassen sie sich nur über das Stadtnetz bzw. ein Passwort öffnen. Zuwender gelangen an die Infos über die Difu-Homepage im „Extranet“. Im Berichte-Magazin sind Exklusiv-Inhalte mit diesem Symbol  gekennzeichnet.

Ausschließlich Rat und Verwaltung der Difu-Zuwenderstädte und -verbände haben kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet:

 www.difu.de/extranet/

Übersicht der Städte bzw. Verbände, die zum Kreis der Difu-Zuwender gehören:

 www.difu.de/15192

Sollte trotz Zuwenderstatus der Zugang ins Difu-Extranet nicht funktionieren, so hilft der Bereich Wissensmanagement gern weiter:

Dipl.-Geogr. Ulrike Wolf

+49 30 39001-297

wolf@difu.de

Fragen zu Difu-Publikationen:

Dipl.-Pol. Patrick Diekelmann

+49 30 39001-254

diekelmann@difu.de

Bestellungen:

+49 30 39001-253

vertrieb@difu.de

 www.difu.de/publikationen

Neue Veröffentlichungen zum Download

Difu-Magazin Berichte 2/2026

 www.difu.de/19704

Difu-Jahresrückblick 2025

 www.difu.de/19715

KfW-Kommunalpanel 2026

 www.difu.de/19701

Regulative Baukultur

 www.difu.de/19702

OB-Barometer 2026

 www.difu.de/19697

KfW Research: Kommunen investieren den größten Teil des Sondervermögens in Schulen und Straßen

 www.difu.de/19665


Mal nachgefragt! Interviews zu Herausforderungen im Klimaschutz

 www.difu.de/19666


Indirekte regionalwirtschaftliche Effekte der Smart City

 www.difu.de/19653

Das Gesamtdeutsche Fördersystem im Spiegel einer ökologisch nachhaltigen, vorausschauenden und transformativen Strukturpolitik

 www.difu.de/19652


+Memorandum – Wissenschaftsnetzwerk Smart City

 www.difu.de/19643

Kommunale Wirtschaftsförderung 2025

 www.difu.de/19641

Flächenverbrauch reduzieren: Vorschläge für Maßnahmen zum Flächensparen

 www.difu.de/19621

Veranstaltungsdokumentationen, Vorträge und Videos

Faire, inklusive und sorgende Stadt

  www.difu.de/19655

Populismus wirksam begegnen

  www.difu.de/19699

Nachhaltige Mobilitätspläne erfolgreich auf den Weg bringen

  www.difu.de/19595

Wenn Mobilitätsprojekte auf Widerstand stoßen

  www.difu.de/19573

Quartiersstraßen entsiegeln, begrünen und beleben

  www.difu.de/19592



Presseresonanz – das Difu in den Medien
Nachfolgend eine Auswahl von Beiträgen, in denen das Difu online erwähnt wurde – in Form von Interviews, Zitaten, O-Tönen, Difu-Projekt-, -Veröffentlichungs- oder -Veranstaltungsnennungen. Die Links führen zu den Beiträgen.

Wirtschaftsdienst, Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 2026, Heft 6

Klimaschutz: Kleinteilige Förderprogramme gefährden Zieleerreichung

Kommunen übernehmen eine Schlüsselrolle bei der sozial-ökologischen Transformation, obwohl es bisher keine gesetzliche Pflicht zum kommunalen Klimaschutz gibt. Um ihren Beitrag trotz hoher Investitionsbedarfe und knapper Kassen wirksamer zu machen, sind klarere Zuständigkeiten, abgestimmte Regelungen und verlässlichere Finanzierungsstrukturen erforderlich.

➔ www.t1p.de/h2hu9

3 SAT, 1.6.26, ab Min. 9:29

Dritte Orte: Räume, die die Gesellschaft zusammenhalten

Im Interview beschreibt Difu-Wissenschaftlerin Stephanie Bock, was Dritte Orte ausmacht und warum sie immer weniger werden. Das Beispiel Utopia in der Stadt Wuppertal zeigt, wie ein leerstehendes Gebäude zu einem lebhaften Ort ohne Konsumzwang werden kann.

➔ www.t1p.de/l5j9h

Deutschlandfunk, 1.6.26

Warum kommen Finanzmittel nicht schneller in den Kommunen an?

Im Deutschlandfunk spricht Difu-Wissenschaftler Dr. Henrik Scheller über den „Ländergeldabfluss“ und den Monitoring-Bericht, wonach Infrastrukturmittel für 2025 nicht vollständig ausgeschöpft wurden. Im Beitrag geht es u. a. um die Frage des stockenden Mittelabflusses an die Kommunen.

➔ www.t1p.de/s9umo

Städtetag aktuell, 2/26

Kreislaufwirtschaft als kommunale Zukunftsstrategie

Im Artikel beschreiben Difu-Projektleiterin Sandra Wagner-Endres und Difu-Geschäftsführer Prof. Dr. Jochen Monstadt, wie Kreislaufwirtschaft für Kommunen zu einer Zukunftsstrategie werden kann: Weg von der linearen Abfallwirtschaft, hin zu einer nachhaltigen Stoffwirtschaft

mit weniger Ressourcenverbrauch und mehr lokaler Wertschöpfung.

➔ www.t1p.de/nhe74

ntv, 29.5.2026

Gemeinden wollen Bundesmittel vor allem in Straßen und Schulen investieren

Difu-Institutsleiter Prof. Dr. Jochen Monstadt und Difu-Projektleiter Dr. Christian Raffer äußern sich über die Verwendung des Sondervermögens der Bundesregierung 2026 und zu Infrastrukturdefiziten in den Kommunen.

➔ www.t1p.de/2peme

WDR extra, 28.5.26

Heiß und trocken schon im Mai – Was bringt der Sommer?

Difu-Wissenschaftler Moritz Ochsmann spricht in der WDR-Sendung über die Folgen von Hitzewellen und mögliche Maßnahmen zur Klimaanpassung. Mehr Radverkehr könnte Platz für mehr Grünflächen in Innenstädten schaffen und somit das Stadtklima verbessern.

➔ www.t1p.de/v9pw5

ARD, rbb24, Inforadio, 24.5.26

„Singlehauptstadt Berlin“

Mehr als die Hälfte der Haushalte in Berlin besteht aus nur einer Person. Ist das selbst gewählt oder die Schattenseite einer auf Individualität geprägten Gesellschaft? Über diese und weitere Fragen diskutiert Sascha Hingst u. a. mit Difu-Wissenschaftlerin Ricarda Pätzold.

➔ www.t1p.de/jv2oa

Kommunalwirtschaft, 15.5.2026

Portal für nachhaltige Kommunen gestartet

Eine neue digitale Plattform des Difu und der Bertelsmann Stiftung unterstützt Städte, Landkreise und Gemeinden bei der Steuerung ihrer zukunftsorientierten Entwicklung. Difu-Projektleiterin Marie Munzert erklärt den Nutzen dieses digitalen Werkzeugs für das kommunale Nachhaltigkeitsmanagement.

➔ www.t1p.de/bf8od

Deutschlandfunk, 14.5.26

Auf dem Land fehlen oft die Radwege

Im Deutschlandfunk-Interview beschreibt Difu-Wissenschaftler Tobias Klein die Nutzung von Fahrrädern im ländlichen Raum. Anhand von Praxisbeispielen wird illustriert, wie Kommunen eine Alternative zum Auto zu schaffen können. In

Landau wurden beispielsweise Wirtschaftswege als Fahrradstraßen ausgewiesen.

➔ www.t1p.de/gt7kd

Tagesspiegel Background, 13.5.26

Wie der Bau-Turbo zum Wegbereiter einer lernenden Gesetzgebung wird

Der Bau-Turbo soll schnell und einfach Baurecht schaffen. Damit das gelingt, organisieren Kommunen deutschlandweit ihre Genehmigungsprozesse neu und schaffen inhaltliche Leitplanken. Die Umsetzung des Bau-Turbos könnte aber nicht nur die kommunale Praxis, sondern auch die Bundesgesetzgebung verändern.

➔ www.t1p.de/m7owu

Deutschlandfunk Kultur, 4.5.2026

Eine Wiederentdeckung des Zuzußgehens

Gehweg schmal, Kreuzung unüberschaubar, Ampel schnell rot: Fußgänger werden oft übersehen – auch bei der Verkehrsplanung. Doch es geht anders. Einige Städte rollen Fußgängern den roten Teppich aus. Im Interview erklärt Difu-Wissenschaftlerin Uta Bauer, wieso das Zuzußgehen sowohl beliebt als auch sinnvoll ist.

➔ www.t1p.de/fg4ji

Behörden Spiegel, 1.5.26, S. 24

Reformansätze für den kommunalen Klimaschutz

In diesem Artikel wird eine neue Studie des Difu vorgestellt und diskutiert. Die Difu-Wissenschaftler Henrik Scheller und Christian Raffer zeigen in der Studie auf, wie Förderprogramme für den kommunalen Klimaschutz einfacher und bürokratieärmer gestaltet werden können.

➔ www.t1p.de/9n78m

BBC World, 23.4.2026

Is it time to swap four wheels for two?

Wie sieht die Zukunft des Radverkehrs in europäischen Städten aus? Darüber spricht Difu-Wissenschaftlerin Levke Sönksen im Podcast und ordnet gemeinsam mit internationalen Fachleuten die Chancen und Grenzen einer stärkeren Fahrradnutzung sowie die wichtige Rolle des Autos für viele Menschen ein.

➔ www.t1p.de/5skdn

Fotos (v.l.n.r.) ©:

1: Seventyfour, stock.adobe.com, 2.: Zerbor, stock.adobe.com, 3: oatawa, stock.adobe.com
4.: InfiniteFlow, stock.adobe.com

